



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union



EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 01/20 • 02.01.2020



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

der Tradition folgend, blicken wir mit der ersten Ausgabe des Wochenspiegels zurück auf das, was uns im vergangenen Jahr beschäftigt hat.

2019 haben wir – wie gewohnt - thematische Veranstaltungen durchgeführt mit dem Ziel die Positionen des Landes in Brüssel und bei den Vertretern anderer Mitgliedstaaten bekannter zu machen und gleich gesinnte Partner zu finden. Eine Position erfolgreich durchzusetzen erfordert oft, anderen diese nicht nur darzubieten, sondern auch zu erklären, warum man auf diesem Standpunkt steht, um Verständnis zu erwecken und Gemeinsamkeiten auszuloten.

Hierzu dienen nicht zuletzt die Besuche des Ministerpräsidenten sowie anderer Vertreter der Landesregierung in Brüssel.

Selbstverständlich haben uns auch kulturelle Veranstaltungen beschäftigt mit denen wir Sachsen-Anhalt und seine wunderbaren Facetten auf der europäischen Ebene bekannter machen. Ein Schwerpunkt war dabei natürlich das Jubiläum „100 Jahre Bauhaus“.

Aber sehen Sie noch einmal selbst in dieser Übersicht, was sich 2019 bei uns ereignet hat. Ich wünsche Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen aus der Landesvertretung viel Spaß dabei sowie einen guten Start in das Jahr 2020.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union





Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Januar	4
Februar	7
März	11
April	17
Mai	22
Juni	32
Juli	41
August	46
September	47
Oktober	51
November	65
Dezember	70
Ihr Kontakt zu uns	75



Jahresrückblick 2019 • Januar

Plowdiw und Matera sind Europäische Kulturhauptstädte 2019

Seit dem **1. Januar 2019** tragen **Plowdiw in Bulgarien** und **Matera in Italien** für ein Jahr den Titel „Kulturhauptstadt Europas“. **Tibor Navracsics**, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, erklärte, dass die Städte Plowdiw und Matera mit ihren Kulturprogrammen zeigten, wie sie ihre eigene Zukunft und die Zukunft Europas sähen, und feierten dabei ihr außergewöhnliches jahrhundertealtes Erbe. Die Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ bringe Menschen zusammen und hebe die Rolle der Kultur beim Aufbau einer europäischen Identität hervor. Beide Städte würden dazu beitragen, dass das erfolgreiche Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 – das gezeigt habe, wie Kultur unsere Städte und Regionen zum Besseren verändern könne – noch lange nachwirke.

Plowdiw ist die erste bulgarische Stadt, die als Kulturhauptstadt Europas ausgewählt wurde. Mit einem umfassenden Programm unter dem Motto „Together“ soll das Jahr 2019 der Region neue Möglichkeiten eröffnen und die Stadt auf internationaler Ebene bekannter machen. Mehr als 300 Projekte sind in Plowdiw und im südlichen Zentralbulgarien sowie in den Städten **Warna, Sofia und Weliko Tarnowo** geplant, darunter Festivals und Gemeinschaftsprojekte. Den Besucherinnen und Besuchern wird eine breite Palette an Veranstaltungen angeboten, etwa verschiedene Ausstellungen, die zum Entdecken des kyrillischen Alphabets einladen, oder Theaterproduktionen, die in Zusammenarbeit mit Ländern des Westbalkans, der Roma- und der türkischen Gemeinschaft entstanden sind. Die Eröffnungsfeierlichkeiten finden vom 11. bis zum 13. Januar statt. Die Kommissarin für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, **Mariya Gabriel**, wird am 12. Januar an der offiziellen Eröffnungsfeier teilnehmen.

Das Programm im süditalienischen Matera steht unter dem Motto „Open Future“. Im Jahr der Kulturhauptstadt wird Öffnung und Austausch zwischen den „Materani“ und den Besuchern groß geschrieben. Die Eintrittskarte ist gleichzeitig Ausweis, der die Touristen zu „temporären Bürgern“ macht. Sie sollen Matera auch außerhalb der Sassi, den berühmten Höhlenwohnungen, entdecken, und zu Botschaftern der Stadt werden. Die ganze Region **Basilicata** ist am Jahr der Kulturhauptstadt beteiligt – jede der über 130 Gemeinden soll für einen Tag im Fokus stehen. Zu den Highlights gehören „Ars Excavandi“, ein zeitgenössischer Blick auf die Geschichte und Kultur des Bauens unter der Erde; „Re-reading Renaissance“, eine Reise durch die künstlerische Vergangenheit der Regionen Basilicata und Apulien; und „Poetry of primes“, eine Ausstellung über die zentrale Rolle, die die Mathematik im Laufe der Geschichte in der Arbeit von Künstlern gespielt hat. Die Eröffnungsfeierlichkeiten, an denen 2000 Musiker aus allen Dörfern der Region Basilicata und vielen anderen Teilen Europas teilnehmen werden, finden am 19. und 20. Januar statt. Bildungskommissar Tibor Navracsics wird am 19. Januar an der offiziellen Eröffnungsfeier teilnehmen.

1985 leitete **Melina Mercouri**, die damalige griechische Kulturministerin, die Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ ein. Mittlerweile zählt sie zu den bedeutendsten kulturellen Initiativen in Europa. Die Städte werden auf der Grundlage eines Kulturprogramms ausgewählt, das eine deutliche europäische Dimension aufweist, die Mitwirkung und aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger der Stadt fördert und zur langfristigen Entwicklung der Stadt und ihrer Region beitragen muss.



Der Titel „Kulturhauptstadt Europas“ bietet den Städten auch eine Gelegenheit, ihr Image zu verbessern, ihr Profil in der Welt zu schärfen, mehr Touristen anzuziehen und ihre Entwicklung aus einer kulturellen Perspektive neu zu bewerten. Der Titel hat eine langfristige Wirkung, nicht nur kulturell, sondern auch sozial und wirtschaftlich, und zwar sowohl für die Städte selbst als auch für die Region.

Im Jahr 2018 waren **Valletta** in Malta und **Leeuwarden** in den Niederlanden die Kulturhauptstädte Europas. Nach Plowdiw und Matera im Jahr 2019 werden folgende Städte den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ übernehmen: 2020 **Rijeka** (Kroatien) und **Galway** (Irland), 2021 **Timișoara** (Rumänien), **Elefsina** (Griechenland) und **Novi Sad** (Serbien, Kandidatenland), 2022 **Esch** (Luxemburg) und **Kaunas** (Litauen) und 2023 **Veszprém** in Ungarn (empfohlen).

• *Is Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Kulturhauptstädte Europas 2019: Plowdiw und Matera](#)

Bürgerdialogreihe „Europagespräche in Sachsen-Anhalt“ startet am 17. Januar in Weißenfels

Am **17. Januar 2019** findet um 18 Uhr die Auftaktveranstaltung zur Bürgerdialogreihe „Europagespräche in Sachsen-Anhalt“ im Kulturhaus Weißenfels statt. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen Ihre Fragen und Meinungen zu aktuellen europäischen Herausforderungen und zur zukünftigen Entwicklung der EU.

— Wo stehen wir? — Wie muss sich Europa verändern? — Was erwarten wir von der Europäischen Union? — Welche Rolle kann und soll Europa in einer Welt im Umbruch spielen? — Welche Bedeutung haben diese Fragen für uns in Sachsen-Anhalt?

Diese Fragen diskutieren mit Ihnen Robby Risch, Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels, Dr. Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt sowie Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland.

Weitere „Europagespräche“ finden in Schönebeck (24.1.), Blankenburg (29.1.), Oschersleben (5.2.), Sangerhausen (18.2.) und Bitterfeld-Wolfen (21.2.) statt.

Interessierte sind herzlich eingeladen, sich an der Bürgerdialogreihe zur Zukunft der EU und ihre Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt zu beteiligen.

Anmeldung und weitere Informationen auf www.europagespraech.de

Hintergrund:

Die Bürgerdialogreihe „Europagespräche in Sachsen-Anhalt“ ist ein gemeinsames Projekt der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur. Die Organisation und Koordinierung erfolgt durch die Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt e.V. Die einzelnen Veranstaltungen stehen unter der Schirmherrschaft der gastgebenden Oberbürgermeister. • *Gastbeitrag, Noreen Weck*





Arbeitskreis KMU tagt in Landesvertretung zum Thema KMU-Förderung im Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020

Der Arbeitskreis für kleine und mittlere Unternehmen (AK KMU), der sich aus deutschen und österreichischen Vertretern (unter anderem auf Länder- und Verbandsebene) zusammensetzt und als informeller Kreis regelmäßig aktuelle mittelstandsrelevante Fragen diskutiert, tagte am **16. Januar 2019** in der Landesvertretung Brüssel. Gastrednerin war die Französin **Catherine Eginard**, Bereichsleiterin für Evaluierung in der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME) der EU-Kommission.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand das Thema KMU-Förderung im aktuellen Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ (2014-2020) bzw. seinem Nachfolger „Horizont Europa“ (2021-2027). Über das KMU-Instrument unter Horizont 2020 können innovative KMU mit europäischen und globalen Ambitionen ihre Innovationen zur Marktreife entwickeln. Es setzt bei der marktnahen Forschung und Demonstration an, hat aber auch die Phase der Vermarktung von Innovationen im Blick und folgt einem Dreiphasen-Modell:

- Machbarkeit - Von der Idee zum Konzept (Phase 1)
- Umsetzung - Vom Konzept zur Marktreife (Phase 2) und
- Markteinführung - Kommerzialisierung (Phase 3)

Mit einem Budget von etwa 3 Milliarden Euro über sieben Jahre gehört das KMU-Instrument zu den größeren Instrumenten von Horizont 2020. Eginard berichtete, dass zu den Ausschreibungen des KMU-Instruments für Phase 1 und 2 laufend Anträge eingereicht werden könnten. Die Erfolgsquote für die eingereichten Vorschläge liege bei 5-8%. Die Begutachtung der Projektanträge erfolge zu vorab festgelegten Stichtagen ("cut-off dates"). Mit der Einbettung des KMU-Instruments in den neu geschaffenen Europäischen Innovationsrat (EIC) seien die Rahmenbedingungen des Instruments 2018 aktualisiert worden. Im Gegensatz zu früher gebe es keine vorgegebenen Themen mehr, zudem wurde die Gewichtung der Bewertungskriterien (1. Exzellenz, 2. Auswirkungen/Beschreibung des Marktes, 3. Qualität der Umsetzung) für die Anträge angepasst. Auswirkungen/Beschreibung des Marktes würde nun doppelt gewichtet, die Teile Exzellenz und Qualität der Umsetzung jeweils zu 25%. Gerade beim Kriterium Auswirkungen gebe es bei vielen Anträgen Verbesserungspotential. Neu sei auch, dass in Phase 2 besonders erfolgversprechende Antragsteller zum Interview nach Brüssel eingeladen würden, wo sie ihr Vorhaben einem Experten-Panel vorstellen, welches die Anträge der KMU mit den überzeugendsten Interviews zur Förderung auswähle.

Wie die KMU-Förderung im Nachfolgeprogramm „Horizont Europa“ aussehe, sei derzeit noch offen, so Eginard. Die EU-Kommission hatte am 7. Juni 2018 ihren Vorschlag für das Nachfolgeprogramm von Horizon 2020 vorgelegt. Die Verhandlungen zwischen Rat und EU-Parlament zu den Inhalten des Programms laufen derzeit. • *dw*

Weitere Informationen:

Webseite der EU-Kommission zum KMU-Instrument: [hier](#) bzw. [hier](#) zu Ausschreibungen



Jahresrückblick 2019 • Februar

Ausschuss der Regionen – 133. Plenartagung am 6./7. Februar in Brüssel

Am 6. und 7. Februar 2019 fand die 133. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel statt an der **Staatssekretär Dr. Schneider** teilnahm.

Die Sitzung begann mit einer Debatte über die künftigen EU-Programme für Bildung, Kultur, Jugend und Sport mit Kommissar Tibor Navracsics, Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport. Navracsics betonte den hohen Stellenwert von Kohäsion und Integration in seinem Programm. Er wies auf die Bedeutung von Bildung und Kultur hin. Um dreimal so viele Bürger wie bisher – auch solche in benachteiligten Situationen oder aus entfernteren Regionen – an das „Erasmus“-Programm heranzuführen, müssen die Mittel auf 30 Milliarden Euro verdoppelt werden – bei gleichbleibender Qualität der Leistungen.

In der Diskussion baten die Abgeordneten den Kommissar um weitere Unterstützung bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie bei der Verbesserung der digitalen Ausstattung von Bildungseinrichtungen. Zudem sprachen sie sich für eine weitere Vereinfachung der Antragstellung aus und einen stärkeren Fokus auf Auszubildende.

Im Anschluss stellte Vasilica Viorica Dancila, Ministerpräsidentin Rumäniens und Vertreterin des rumänischen Ratsvorsitzes, die Prioritäten des rumänischen Ratsvorsitzes vor. Die rumänische Präsidentschaft habe vier Prioritäten festgelegt, für ein Europa der Konvergenz, der Sicherheit, als globaler Akteur und der gemeinsamen Werte. Sie wies darauf hin, dass der europäische Bürger im Mittelpunkt stehen müsse. Ziel sei es die Bedeutung des europäischen Integrationsprojektes, u.a. die Kohäsionspolitik, in den Alltag der Bürger zu bringen. In der Debatte betonten die Abgeordneten den besonderen Moment der rumänischen Ratspräsidentschaft: Nicht nur sei die Europäische Union mit globalen Herausforderungen und dem Brexit konfrontiert, auch müssen die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zügig vorangebracht werden.

Insgesamt standen eine Entschließung zum Thema „Bekämpfung von Hassreden und Hassverbrechen“ sowie 10 Stellungnahmen u.a. zu Erasmus, künstliche Intelligenz, Desinformation im Internet und Digitalisierung im Gesundheitswesen zur Verabschiedung durch die politischen Entscheidungsträger der lokalen und regionalen Ebene auf der Tagesordnung. • sv

Führungskräftefortbildung „Regionales“

Vom 4. bis zum 6. Februar 2019 nahmen 17 Führungskräfte aus den Ministerien Sachsen-Anhalts, der Staatskanzlei und dem Landesrechnungshof an einer Seminar- und Informationsreise teil mit dem Themenschwerpunkt „Regionales“.



Nach der Anreise am 04. Februar stand der 05. Februar mit einem vollen Tagesprogramm zunächst im Zeichen eines Informationsbesuchs bei der Europäischen Kommission (KOM) im Charlemagne-Gebäude. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde es ermöglicht, sich mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern aus unterschiedlichen Ressorts der KOM zu relevanten Themen auszutauschen. So berichtete Herr Ulrich Trautmann von der GD Handel allgemein über die Rolle der KOM als Exekutive der EU. Im Anschluss erläuterte Herr Karl Quix, GD Haushalt, den Vorschlag der KOM zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen und Herr Peter Kaltenecker den Diskussionsstand des KOM-Entwurfs des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums nach 2020. Den Abschluss machte Herr Leo Maier, Referatsleiter in der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung, mit Ausführungen zur Implementierung des EFRE in Deutschland inklusive Ausblick auf die nächste Förderperiode. Ergänzt wurde er durch Frau Regina Ludwig von der GD Beschäftigung, die zum ESF informierte.



Am späteren Nachmittag besuchte die Gruppe das Europäische Parlament, wo, nach einer kurzen allgemeinen Einführung durch den Besucherdienst, Herr MdEP Sven Schulze die Gruppe in Empfang nahm und anschaulich aus seiner täglichen Arbeit zwischen Sachsen-Anhalt und Brüssel berichtete.



Am zweiten Tag besuchten die Führungskräfte die Landesvertretung wo weitere hochrangige Referenten zur Diskussion mit der Gruppe zugegen waren. Den Anfang machte Herr Thomas Wobben, Direktor im AdR, der zum aktuellen Stand der Regionalpolitik nach 2020 aus der Sicht des AdR referierte. Außerdem hörten die Teilnehmer Vorträge von Herrn Thomas Pickartz aus der Ständigen Vertretung der BRD bei der EU (StäV) zu den Einflussmöglichkeiten der StäV auf die Regionalpolitik und Frau Margarete Hofmann, Direktorin im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF).



Unser herzlicher Dank geht an alle Referenten, die sehr engagiert der Gruppe ermöglicht haben, auf diesem Wege aus erster Hand eine Vielzahl neuer Informationen aufzunehmen, einen besseren Einblick in die Arbeitsweise der EU zu bekommen und in den aktiven Fragerunden zusätzliche Fragen beantwortet zu bekommen. So war es der Gruppe möglich, mit zahlreichen Erkenntnissen und neuen Anregungen für die eigene Arbeit wieder auf den Weg in Richtung Magdeburg zu starten, wo demnächst ein Auswertungsworkshop stattfinden wird. • cj



Sachsen-Anhalt und das Burgenland tauschen sich im Europäischen Parlament zur zukünftigen Kohäsionspolitik aus

Am **6. Februar** 2019 fand ein öffentlichkeitswirksamer Austausch zwischen Herrn **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Ausschuss der Regionen (AdR) und Berichterstatter der AdR-Stellungnahme zum Entwurf der Kommission zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020 (ESIF-Verordnung) und hochrangigen Vertretern des österreichischen Burgenlandes zur Kohäsionspolitik nach 2020 im Europäischen Parlament (EP) statt. Anwesend waren

seitens des Burgenlandes der Landeshauptmann Hans Niessl und der Landtagspräsident Christian Illedits.

Das strukturierte Gespräch wurde von mehreren Vertretern der regionalen Presse des Burgenlandes und des österreichischen Rundfunks begleitet, die u.a. mit Blick auf die anstehenden Europawahlen Eindrücke zur Zukunft der Kohäsionspolitik und deren Mehrwert für die Stärkung der regionalen



Entwicklung erörtern wollten. Da Sachsen-Anhalt und das Burgenland mit ihren aktuellen Pro-Kopf-Zahlen des jeweiligen Bruttosozialprodukts in die Kategorie der Übergangsregionen bei den Strukturfonds fallen, wurden im Rahmen des intensiven Austauschs vorwiegend die besonderen Herausforderungen von Übergangsregionen thematisiert. Dazu zählen Wettbewerbsfähigkeit, demografischer Wandel und Digitalisierung.

Herr StS Dr. Schneider führte hierzu an, dass man in der AdR-Stellungnahme zur ESIF-Verordnung einige Kernforderungen verankert habe. Hierzu zählen eine Beibehaltung der aktuellen Kofinanzierungssätze zur angemessenen Mittelausstattung für die Kohäsionspolitik sowie die Einrichtung eines auf regionale Verhältnisse ausgerichteten Sicherheitsnetzes, damit das bisher Erreichte nicht gefährdet wird. Auch sollte der demografische Wandel – mit dem sowohl Sachsen-Anhalt als auch das Burgenland konfrontiert sind – verstärkte Berücksichtigung finden. Herr StS Dr. Schneider begrüßte ausdrücklich die Aufnahme dieser Kernforderungen in den unlängst verabschiedeten einschlägigen EP-Bericht, was als erfolgreiches Ergebnis des starken Schulterschlusses der europäischen Regionen und ihrer Delegierten im AdR gewertet werden kann. Nicht zuletzt ist diese Wirksamkeit auf die einstimmige Verabschiedung der Stellungnahme zur ESIF-Verordnung zurückzuführen. So setzte dies ein eindeutiges starkes Zeichen hinsichtlich der Bedeutung der Kohäsionspolitik für Europas Regionen in der nächsten Förderperiode nach 2020. *df*



Bedeutender Schulterschluss zwischen Europäischem Parlament und Ausschuss der Regionen in ihren Stellungnahmen zur Strukturfondsverordnung

Am **13. Februar 2019** hat die Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (EP) den Bericht zum Entwurf der Kommission (KOM) zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020 (ESIF-Verordnung) mit großer Mehrheit verabschiedet. Ko-Berichtersteller waren MdEP Constanze Krehl (DE/S&D) und MdEP Andrey Novakov (BG/EVP). Zu begrüßen ist hierbei, dass die wichtigsten Forderungen der bereits im Dezember 2018 einstimmig verabschiedeten Stellungnahme des Ausschusses der Regionen (AdR) zur ESIF-Verordnung in den EP-Bericht aufgenommen wurden. Berichtersteller waren hier **Dr. Michael Schneider, Staatssekretär** für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter der Übergangsregion Sachsen-Anhalt sowie Vorsitzender der EVP-Fraktion im AdR, und Catusca Marini (IT/SPE), Präsidentin der Region Umbrien.

Folgende Aspekte der vom AdR vertretenen Positionen sind auch für Sachsen-Anhalt von Bedeutung:

Die aktuellen Pro-Kopf-Zahlen des Bruttonettoprodukts Sachsen-Anhalts sorgen dafür, dass das Land bei den Strukturfonds auch nach 2020 weiterhin in die Kategorie der Übergangsregionen fällt. Während der Entwurf der KOM eine deutliche Absenkung der Kofinanzierungssätze der Strukturfondsmittel vorsah, lehnen der AdR und das EP entsprechende Kürzungen nun ausdrücklich ab.

Die AdR-Berichtersteller StS Dr. Schneider und Marini verfolgten zudem das Ziel einer angemessenen Mittelausstattung für die Kohäsionspolitik auch nach 2020, um bisher erreichte Erfolge nicht zu gefährden. Es kann als eindeutiger Erfolg gewertet werden, dass nun auch das EP die AdR-Forderung der Einrichtung eines auf regionaler Ebene verankerten Sicherheitsnetzes zur Minimierung etwaiger Strukturfondsmittelkürzungen in seinen Bericht aufgenommen hat.

Auch die explizite Berücksichtigung von integrierten Ansätzen zur Bewältigung des demografischen Wandels im EP-Bericht spiegelt die Forderungen zur stärkeren Berücksichtigung von demografischen Faktoren der AdR-Stellungnahme zur ESIF-Verordnung wider.

Allgemein ist zu begrüßen, dass die Rolle der Städte und Regionen durch beide Stellungnahmen gestärkt wird. Entsprechend der AdR-Positionen zur Kohäsionspolitik für 2021-2027 fordert auch der EP-Bericht eine umfassende Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften durch das Partnerschaftsprinzip und eine Stärkung der Berücksichtigung der Stärken und Schwächen jeder einzelnen Region. Die auf die Implementierung der Strukturfonds basierenden Lösungsansätze für regionale Problemlagen und Entwicklungschancen sollen auch nach 2020 weiterhin nach Möglichkeit vor Ort entwickelt werden.

Die Aufnahme der Kernforderungen der AdR-Stellungnahme zur ESIF-Verordnung in den EP-Bericht kann letztendlich als starker Schulterschluss zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ausschuss der Regionen gewertet werden. Nicht zuletzt ist diese Wirksamkeit auf die einstimmige Verabschiedung der AdR-Stellungnahme zur ESIF-Verordnung im Plenum im Dezember 2018 zurückzuführen. So setzte dies bereits frühzeitig ein eindeutiges starkes Zeichen hinsichtlich der großen Bedeutung der Strukturfonds für Europas Regionen in der anstehenden Förderperiode der Jahre 2021–2027. •sv



Jahresrückblick 2019 • März

Ausschuss der Regionen – COTER-Seminar und hochrangige politische Sitzung zur Kohäsionspolitik in Dubrovnik

Am **4. März 2019** fand ein externes Seminar der Fachkommission zur territorialen Kohäsionspolitik und Haushaltsangelegenheiten (COTER) des Ausschusses der Regionen (AdR) in Dubrovnik (HR) statt. Hauptthema der Veranstaltung war die Nutzung kohäsionspolitischer Förderinstrumente zur Schließung von Investitionslücken in europäischen Regionen. Im Anschluss fand eine hochrangige politische Konferenz u.a. unter Anwesenheit von Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu statt. Sachsen-Anhalt wurde bei beiden Veranstaltungen durch Herrn **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als AdR-Berichterstatler zum Entwurf der Kommission (KOM) zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020 (ESIF-Verordnung) vertreten.



Im Rahmen des Fachseminars fand u.a. eine fundierte Diskussion zum zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) statt. Gabrijela Zalac, Ministerin für Regionalentwicklung und EU-Fonds Kroatiens unterstrich die Bedeutung der Strukturfonds (ESIF) für öffentliche Investitionen in den Kohäsionsländern. Während die ESIF Unterstützung für Strukturreformen leisten könnten, dürfe dies nicht die Verfolgung kohäsionspolitischer Ziele gefährden. Trotz zahlreicher neuer Herausforderungen seien Kürzungen der ESIF nicht sinnvoll. Hiermit werde lediglich die bisher erreichte Konvergenz unterminiert.

Simeona Manova von der Generaldirektion Haushalt der KOM wies auf die laufenden schwierigen Diskussionen zum MFR zwischen den Mitgliedstaaten hin. Der MFR-Entwurf der KOM sei ein guter Kompromiss gewesen, indem er die Bedeutung der Kohäsionspolitik und der Effektivität in Form des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus würdige.

Ivana Maletic (EVP/HR), Mitglied des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments (EP), lobte die enge Übereinstimmung der Positionen des AdR und des EP und wies zugleich auf die sehr unterschiedlichen Vorstellungen der KOM und des Rates hin. Das EP setze sich für einen größeren MFR von 1,3% des EU-BIP ein, während die KOM 1,11% vorgeschlagen habe und unklar bleibe, inwiefern der Rat selbst dem KOM-Vorschlag zustimmen werde.

Nikola Dobroslavic, Präsident der Region Dubrovnik, lehnte Kürzungen der Kohäsions- und Agrarpolitiken ab, da diese unabdingbare Entwicklungsinstrumente seien. Die Regeln zum Rechtsstaatlichkeitsprinzip müssten konkretisiert werden und dürfen sich nicht zulasten der Begünstigten auswirken.

Herr Staatssekretär Dr. Schneider betonte, dass ein starker Einsatz der Regionen gegenüber den Mitgliedstaaten notwendig sei, wenn man einen möglichst optimalen MFR herbeiführen wolle. Hier spiele auch der AdR eine bedeutende Rolle. Daher habe er bereits im Mai 2017 mit der Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik die Initiative ergriffen, um Eckpunkte für die MFR-Diskussion abzustecken. Der gute Austausch mit KOM und EP habe dazu geführt, dass der KOM-Entwurf zahlreiche der praxisrelevanten AdR-Vorschläge aufgenommen habe. Die AdR-Stellungnahme zur ESIF-Verordnung vom Dezember 2018 habe ebenfalls eine



konstruktive Debatte mit dem EP ausgelöst, die zu weitestgehend übereinstimmenden Positionen geführt habe. Wichtige Forderungen seien insbesondere die Beibehaltung der n+3-Regel für die Abwicklung der Förderperiode und der aktuellen Kofinanzierungsraten sowie die Einrichtung eines regionalen Sicherheitsnetzes zur Minimierung von Kürzungen. Im weiteren Seminarverlauf wurden integrierte territoriale Instrumente und das Europäische Semester thematisiert. Zu letzterer Diskussion wurde insbesondere festgehalten, dass zur Verwirklichung der territorialen Dimension der länderspezifischen Empfehlungen eine verstärkte Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unabdingbar sei. Am Folgetag fand die hochrangige politische Konferenz „Friends of Cohesion“ statt, im Rahmen derer hochrangige Vertreter der EU-Institutionen vortrugen. Herr Staatssekretär Dr. Schneider unterstrich die Bedeutung der AdR-Stellungnahme zur ESIF-Rahmenverordnung mit Blick auf die Aufnahme zentraler Forderungen wie die Erhaltung der drei Regionenkategorien in den einschlägigen EP-Bericht sowie die mittlerweile 10.000 Unterschriften umfassende Kohäsionsallianz, die seine Stellungnahme vom Mai 2017 mit angestoßen habe. Hierauf folgte ein fundierter Austausch zwischen Vertretern der Mitgliedstaaten zum MFR, der Zukunft der Kohäsionspolitik und deren Verbindung zu Strukturreformen. • df



ChemMultimodal-Projektpartner diskutieren Aktionspläne zur Förderung des multimodalen Transports chemischer Güter

12

Am **7. März 2019** fand das dritte Treffen der „Policy Advisory Group“ des Interreg Central Europe Projekts „[ChemMultimodal](#)“ in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel statt. Gemeinsam mit Vertretern der Europäischen Union und auf europäischer Ebene aktiven Interessenverbänden diskutierten die Projektpartner Aktionspläne zur Förderung des multimodalen Transportes.



Das transnationale Projekt „ChemMultimodal“, in dem das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt federführender Partner ist, zielt auf die Förderung von multimodalem Transport chemischer Güter. Durch die Koordination und Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen Chemieunternehmen, Logistikdienstleistern und Behörden in den Chemieregionen Zentraleuropas sollen einerseits die Sicherheit und der Umweltschutz der Chemietransporte verbessert, andererseits wettbewerbsfähige und wirtschaftlich realisierbare Lösungen gewährleistet werden.





Während der Veranstaltung wurden zunächst die wichtigsten Projektergebnisse aus der Pilotphase und die erarbeiteten Aktionspläne präsentiert. In den vergangenen zwei Jahren haben die Projektpartner Chemieunternehmen und Logistikdienstleister bei ihren Ambitionen unterstützt, Chemietransporte von der Straße auf multimodale Transportmittel zu verlagern. Es gelang dem Projekt, die Transporte chemischer Güter auf acht transnationalen Routen zu verlagern und damit CO₂-Emissionen um über 10 Prozent zu senken. Um den multimodalen Verkehr auch nach Projektende im Mai 2019 weiter zu stärken, wurden die gewonnen Erkenntnisse aus der Projektarbeit in die Erarbeitung der regionalen bzw. nationalen Aktionspläne integriert. Die Aktionspläne enthalten regionsspezifische Maßnahmen zur Förderung des multimodalen Transports chemischer Güter und Aktivitäten, die zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen beitragen.



Neben den wichtigsten Projektergebnissen wurden aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen des multimodalen Verkehrs diskutiert. Raluca Bontea, Vertreterin der rumänischen Ratspräsidentschaft, informierte die Projektpartner über die neusten Entwicklungen im Überarbeitungsprozess der EU-Richtlinie für den kombinierten Güterverkehr (92/106/EU). Nachdem das Europäische Parlament und der Ministerrat sich auf ihre jeweilige Position hinsichtlich des Vorschlages der Europäischen Kommission geeinigt haben, befänden sich die europäischen Institutionen nun in einem Trilog, um einen Kompromiss auszuarbeiten. Insbesondere unterschiedliche nationale Standards gelten als Barrieren, die eine Erhöhung des grenzüberschreitenden multimodalen Güterverkehrs behinderten. Laut aktueller Ergebnisse einer Studie zur Transportverlagerung im europäischen Verkehr für das Europäische Parlament, die von TRT Transporte i Territorio s.r.l. erstellt wurde, werde eine mangelnde Interoperabilität des multimodalen Verkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten als bedeutsamer Engpass in der Verkehrsverlagerung eingestuft. Referent Akos Ersek (Internationale Vereinigung für den kombinierten Verkehr Schiene-Straße, UIRR) betonte daher die Notwendigkeit, infrastrukturelle Barrieren im Schienengüterverkehr zügig abzubauen, technische Standards zu harmonisieren und Investitionen in den Infrastrukturausbau weiter voranzutreiben. Ein gutes Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit im kombinierten Verkehr stelle der Hafen von Antwerpen dar. Dort werden gemeinsam mit Binnenhäfen, Inlandterminalbetreibern und Logistikdienstleistern nachhaltige Transportlösungen entwickelt, um zukünftig noch größere Mengen an Gütern über den Schienenverkehr und die Binnenschifffahrt abwickeln zu können. • *Gastartikel MW*

Besuchergruppe ehemaliger Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt e.V.

In dieser Woche besuchte eine Gruppe der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt e.V. Brüssel und besichtigte verschiedene Europäische Institutionen.

Teil der Reise war auch ein Termin in der Landesvertretung. Die Reiseteilnehmer kamen am Nachmittag des 18. März in die Landesvertretung und wurden über die Arbeitsweise der Landesvertretung und ihre Aufgabenbereiche informiert. Im Zuge einer Besichtigung der

Landesliegenschaft wurde der Gruppe auch über die Historie des Gebäudes berichtet, deren Bauhaushintergrund aufgrund des diesjährigen 100. Jubiläums des Bauhauses natürlich aktuell besonders interessant ist.

Im Anschluss nahm die Gruppe einen Termin im Europäischen Parlament wahr. • cj



100 Jahre Bauhaus sind ein Grund zum Feiern

Für den **28. März 2019** lud die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt gemeinsam mit der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. in Brüssel zur Veranstaltung „#CelebratingBauhaus“ in die Räumlichkeiten der Landesvertretung ein. Dies war der Auftakt zu mehreren Veranstaltungen, die anlässlich des 100. Jubiläums des Bauhauses 2019 in der Vertretung des Landes stattfinden sollen.

In seiner Begrüßungsrede unterstrich Herr **Staatssekretär Dr. Schellenberger** die Rolle Sachsen-Anhalts und der Stadt Dessau für die



Entwicklung der Bauhaus-Schule. Dabei wurde ebenso deutlich, dass die Arbeit der Bauhäusler von Experimentierfreude und dem Ausleben von Kreativität geprägt war.

Zur Geschichte und Entwicklung des Bauhauses beteiligte sich auch Frau Priska Schmückle von Minckwitz, welche die Zusammenarbeit und das Wirken der beiden Bauhaus-Ikonen Henry Van de Velde und Walter Gropius in den Vordergrund rückte. Herr Serge Strekotin wies in seinem Vortrag auf die besondere Bedeutung der Stadt Weimar hin, welche die Anfangszeit des Bauhauses stark prägte, bevor Dessau das neue Zentrum wurde. Frau Judith König machte in ihrer Präsentation die kulturelle Vielfalt





Sachsen-Anhalts deutlich und verwies auf die vielen kulturellen Denkmäler, zu denen in großem Umfange auch erhaltene Bauhaus-Architektur zählt, die noch heute erlebbar ist. Nach den Impulsvorträgen erörterte der Moderator Alfonso Pantisano mit den Rednern die Rolle des Bauhauses für die Gegenwart und die Zukunft. In ihrer Diskussionsrunde kamen sie zu dem Ergebnis, dass dieses auch heute noch weltweit Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen hat. Ebenso präsentierte Frau Claudia Bergholz viele Beispiele dafür an, dass sich das Bauhaus in der gesamten Bundesrepublik verewigt hat.



Ein besonderes Highlight des Abends stellte die Möglichkeit dar, sich durch eine Virtual-Reality-Brille durch das Büro von Walter Gropius zu bewegen und dieses zu erkunden - eine Chance „durch die Zeit zu reisen“, die sich wenige entgehen lassen wollten.

Für das Jahr 2019 prognostizierten die teilnehmenden Personen steigende Besucherzahlen für die Städte im Land, da zahlreiche Denkmäler und Veranstaltungen den

Besuchern die Möglichkeit eröffnen, das Bauhaus auch nach 100 Jahren noch hautnah zu erleben. • *mw*

Fotos © DZT/ Thomas Blairon

Besuch in der Landesvertretung durch die Berufsbildende Schule „Dr. Otto Schlein“

Am Montag, dem **25. März 2019**, erhielt die Landesvertretung Besuch durch die Berufsbildende Schule IV „Dr. Otto Schlein“ für Gesundheits-, Sozial- und Laborberufe, aus Magdeburg. Mit dem viertägigen Besuch in Brüssel wollten die Schüler und Schülerinnen die Politik Europas hautnah erleben, aber auch die Stadt Brüssel näher kennen lernen. Neben historischen Wahrzeichen, wie der Nikolauskirche, dem Grand Place oder dem Atomium, besuchten sie das EU-Parlament und die Europäische Kommission. Der letzte Anlaufpunkt der Schulklassen war die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt.

Die 100 Personen große Gruppe nahm in unserem Besuchersaal Platz. Die Leiterin Carmen Johannsen begrüßte sie zunächst und erläuterte im Anschluss den Aufbau der Landesvertretung, aber auch welchen Funktionen die Vertretung nachzukommen hat. Danach stellen sich die Praktikanten Martin Wöpke und Anna Hillendahl zu einer Fragerunde zur Verfügung und beantworten die Fragen der Schüler und Schülerinnen zu ihrem Praktikum, insbesondere den Tätigkeiten, der Finanzierung und dem allgemeinen Leben als Praktikant in Brüssel. • *ah*



Besuch in der Landesvertretung durch das Burger Rolandgymnasium und dem Beruflichen Gymnasium BbS „Conrad Tack“



Auch in dieser Woche durfte die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt eine Besuchergruppe begrüßen. Die Teilnehmer kamen zum einem aus dem Burger Rolandgymnasium, zum anderen aus dem Beruflichen Gymnasium der BbS „Conrad Tack“. Die Gruppe wurde durch den Referenten Dr. D. Fenner und durch die Referentin M. Lehnart der Landesvertretung betreut. Während Dr. Fenner den Besuchern*innen einen kurzen Überblick über die

Institutionen der Europäischen Union verschaffte, erklärte Frau Lehnart den Aufbau und die Aufgaben der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt und unterrichtete die Besucher*innen ebenso über die Geschichte der Selbigen. Im Anschluss sprachen die beiden Praktikanten Anna Hillendahl und Martin Wöpke über ihre bisherigen Erfahrungen in Brüssel und die Arbeit als Praktikant*in in der Landesvertretung. • *ah*

Fotos: Martin Wöpke





Jahresrückblick 2019 • April

Filmland Sachsen-Anhalt 2019: Unterhaltung für Groß und Klein

Am **3. April 2019** fand in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel die Veranstaltung „Filmland Sachsen-Anhalt für Groß und Klein“ statt.

Dieses Jahr wurden bei der Veranstaltung die Verfilmung des Kinderbuchklassikers „Die kleine Hexe“ und der Musikfilm „Gundermann“ gezeigt. Die Realisierung der beiden Filmprojekte wurde dabei maßgeblich von der Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) unterstützt und die Dreharbeiten zu beiden Filmen fanden zu großen Teilen in Sachsen-Anhalt statt. Ein Großteil



des Films „Die kleine Hexe“ wurde beispielsweise im Harz gedreht. Die verantwortliche Produktionsfirma Claussen+Putz hat die Szenerie auch schon in den Filmen „Heidi“ und „Das kleine Gespenst“ genutzt. Beide Filme wurden schon hier in der Landesvertretung gezeigt.

Die Begrüßung der jüngeren Zuschauer übernahm die Leiterin der Landesvertretung, Frau Johannsen. Im Anschluss an den Film „Die kleine Hexe“ lud die Produzentin Frau Syberberg, welche an der Umwandlung des Buches für den Filmdreh beteiligt war, das begeisterte Publikum zu einem gemeinsamen Fragespiel mit schönen Preisen ein.

Herr Fieber, Abteilungsleiter für Internationale Zusammenarbeit, EU-Angelegenheiten und Medienpolitik der Staatskanzlei, begrüßte das Publikum, welches an diesem Abend für die Vorführung des Films „Gundermann“ gekommen war. Zusätzlich gab es seitens der Produzentin Frau Steffen von Pandora Film eine Einführung zum Film, der unter der Regie von Andreas Dresen entstanden ist. „Gundermann“ spielt in den 70er bis 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und erzählt die Geschichte von Gerhard Gundermann, welcher sich als „singender Baggerfahrer aus der Lausitz“ einen Namen gemacht hat. Ende März gab die Deutsche Filmakademie ihre Nominierungen für den Deutschen Filmpreis 2019 bekannt - mit zehn Nominierungen hat der Film für den 03. Mai hervorragende Chancen, in diversen Kategorien ausgezeichnet zu werden. Die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt freut sich schon jetzt auf das „Filmland 2020“ im nächsten Jahr, wenn Groß und Klein wieder einen schönen Nachmittag und Abend in unseren Räumlichkeiten erleben können. • mw



Europäische Plattform der Kohleregionen im Übergang – Sachsen-Anhalt präsentiert sich erneut



Am **8. und 9. April** tagte in Brüssel erneut die von der EU-Kommission im Dezember 2017 ins Leben gerufene europäische Plattform zur Unterstützung von Kohleregionen im Übergang.

Im Rahmen der Plattform möchte die EU-Kommission – neben dem Austausch von Besten Praktiken – die 41 europäischen Regionen mit Kohlebergbauaktivitäten bei der Identifizierung, Entwicklung und Umsetzung von Projekten unterstützen, die das Potential zu einem tragfähigen wirtschaftlichen und technologischen Wandel haben. Im Zuge der Plattform wurden zwei Arbeitsgruppen eingerichtet: 1. Post-Kohle Wirtschaft und struktureller Wandel; 2. Saubere Luft, Öko-Innovation und Transformation der Energiesysteme.

Dr. Christian Growitsch (Fraunhofer IMWS Halle) stellte in der Sitzung das Europäische Netzwerk für eine Kohlenstoffkreislaufwirtschaft (ENC2E) vor. Partner aus Politik, Nichtregierungsorganisationen, Abfall- und Energiewirtschaft sowie chemischer Industrie sollen dabei gemeinsam mit führenden Forschungseinrichtungen in Europa technologieoffen Konzepte entwickeln, die die künftigen Anforderungen an europäisch harmonisierte regulatorische Rahmenbedingungen berücksichtigen und zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in Europa beitragen. Als Partner gewonnen wurden bereits das polnische Institut für chemische Verarbeitung von Kohle IChPW sowie die Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik und das Prager Institut für chemische Technologie. Über die Kohleplattform sollen weitere Länder in das Netzwerk eingebunden werden. *dw*

Weitere Informationen:

Webseite der EU-Kommission zur Kohleplattform: s. [hier](#)

Ausschuss der Regionen – 134. Plenartagung am 10./11. April in Brüssel

Am **10. und 11. April 2019** fand die 134. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel statt, an der **Staatssekretär Dr. Schneider** teilnahm.

Die Sitzung begann mit einer Debatte über den Start der Initiative „Städte und Regionen für die Integration von Migranten: Gemeinsam für ein inklusiveres Europa“.

Der für Migration, Inneres und Bürgerschaft zuständige Kommissar Dimitris Avramopoulos





fürte aus, dass Erfolgsgeschichten der europäischen Städte und Gemeinden zur Integration von Flüchtlingen und Migranten besser an die Öffentlichkeit getragen werden sollten. Das Thema „erfolgreiche Integration von Migranten“ sei eine Priorität für Europa für die nächsten Jahrzehnte. Lokale und regionale Gebietskörperschaften (LRG) spielten eine Schlüsselrolle bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen vor Ort. Er rief Vertreter der LRG dazu auf sich bei ihren nationalen Regierungen mehr Gehör zu verschaffen, auch vor dem Hintergrund der anstehenden EU-Wahlen. Die Europäische Kommission unterstütze auch ganz praktisch, z.B. mit einer urbanen Akademie für Migration, die Ausbildungslehrgänge für Praktiker und Lokalpolitiker anbiete.

Die Bürgermeisterin von Ancona, die 2018 zur Weltbürgermeisterin gewählt wurde, erzählt von ihren Erfahrungen: Es sei eine tagtägliche Herausforderung Kinder in Schulen zu sozialisieren oder Mütter in Sprachkursen zu fördern. Sie argumentierte, dass die bestmöglichen Praktiken nur funktionieren können, wenn sie durch ausreichende Mittel unterstützt werden.

In der Diskussion sprachen sich viele Abgeordnete dafür aus, dass es keine Alternative zur Integration von Migranten gäbe. Es gehe um den sozialen Zusammenhalt in Europa.

Im Anschluss debattierten die Abgeordneten mit Jean Arthuis, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, und Isabelle Boudineau, Vorsitzende der Fachkommission COTER und Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Haushaltsfragen, zum Thema „Auf dem Weg zu einem künftigen EU-Haushalt, der unseren Zielen entspricht“.

Arthuis sprach die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem AdR an. Beide Organe ständen für das gemeinsame Ziel die Kohäsionspolitik in der Förderperiode 2021-2027 mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten. Boudineau zeigte sich sehr besorgt über die stockenden Verhandlungen im Rat. Europa brauche eine gerechte Kohäsion sonst würde die Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts in Frage gestellt.

In der Diskussion äußerte sich die Vorsitzende der SPE Catusca Marini, die Bezug nahm auf die Stellungnahme zum KOM-Entwurf einer Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020, die sie gemeinsam mit Staatssekretär Dr. Michael Schneider als Berichterstatter im Dezember 2018 verfasst habe: Europa werde durch Kohäsionspolitik greifbar für Bürger und Unternehmen. Sie setzte sich erneut für eine stärkere Beteiligung der LRG ein.

Am nächsten Tag folgte eine Debatte zum Thema „Die Grundrechte und die Werte der EU“.

Koen Lenaerts, Präsident des Gerichtshofes der EU, ging auf die EU-Grundrechtecharta ein, die auf gleicher legislativer Ebene stehe wie die EU-Verträge. Alle EU-Rechtsakte müssten vor diesem Hintergrund geprüft werden. Je stärker und unabhängiger die Gerichte in den Mitgliedstaaten seien, desto stärker seien die Rechte der Bürger und die europäischen Demokratien geschützt.

Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der KOM, zuständig für bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechtecharta wies darauf hin, dass fehlendes Vertrauen der Bürger in ihre nationale Justiz und mangelnde Unabhängigkeit nationaler Gerichte ein Problem für alle in der EU und keine Einmischung in nationale Belange sei. Er ging auf laufende Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn und Polen ein. Die KOM möchte einen Reflexionsprozess über die Rechtsstaatlichkeit in der EU anstoßen und lud auch die AdR-Abgeordneten dazu ein.

Domenica Ghidella, stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (EKRI) des Europarates, wies darauf hin, dass lokale Behörden durch ihre Nähe zu den Bürgern in einer guten Position seien Rassismus und Intoleranz zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang habe EKRI gemäß ihres Überwachungsauftrages Empfehlungen an mehrere Mitgliedstaaten abgegeben.



Michael O'Flaherty, Direktor der Agentur der EU für Grundrechte, forderte eine bessere Mittelausstattung der LRG damit diese durchschlagkräftige Instrumente auch anwenden könnten. LRG müssten zudem noch mehr durch Konsultationen ihrer Zentralregierungen einbezogen werden. Er wies auf positive Ergebnisse der Europäischen Kulturstädte und der Initiative „Human Rights Cities“ hin.

In der Diskussion unterstützen die Abgeordneten die Forderung nach besserer Mittelausstattung. Sie begrüßten die [Mitteilung der Kommission „Die weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union“](#).

Insgesamt standen zwei Stellungnahmen zur Kohäsionspolitik und zur EU-Forststrategie auf der Tagesordnung. • sv

Foto: European Union / Hatim Kaghat

Besuch in der Landesvertretung durch das Aus- und Fortbildungsinstitut Sachsen-Anhalt

Auch in dieser Woche durfte die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel eine Besuchergruppe begrüßen. Die Teilnehmer kamen dabei vom Aus- und Fortbildungsinstitut Sachsen-Anhalt (AFI) und fanden sich im Rahmen einer **vom 10. bis 12. April** stattfindenden **Studienreise** auch in der Brüsseler Landesvertretung ein. Die Gruppe wurde durch den Referenten Dr. Fenner betreut. Zunächst wurde den Besuchern*innen durch einen Rundgang und ein begleitendes Referat ein Überblick über die Geschichte und Struktur der Liegenschaft gegeben. Mit Blick auf das diesjährige 100. Jubiläum des Bauhauses ist die Entstehungsgeschichte der Landesvertretung auf Basis der Pläne des Bauhausschülers Franz Ehrlich aktuell besonders interessant. Im Anschluss erfolgte eine vertiefte Darstellung der Aufgaben und Personalstruktur der Landesvertretung Sachsen-Anhalt. Auch wurde deren Rolle als Bindeglied des Landes zu den EU-Institutionen und zahlreichen europaweiten Netzwerken erläutert. • df

20

Besuchergruppe Nationaler Experten

Am **26. April** besuchte eine Gruppe von Nationalen Sachverständigen in beruflicher Weiterbildung die Landesvertretung in Brüssel. Die Teilnehmenden befinden sich in einem speziell aufgelegten Programm der Europäischen Kommission, das für Deutschland vom Auswärtigen Amt koordiniert wird. Für die Dauer von 3 bis 5 Monaten sind sie in Brüssel und stammen eigentlich aus verschiedenen Bundesministerien von nachgeordneten Behörden, Universitäten und verschiedenen öffentlichen Einrichtungen.

Die Gruppe wurde zunächst von der Leiterin der Landesvertretung in Empfang genommen. Im Rahmen einer Besichtigung der Liegenschaft wurden sie zunächst über die Liegenschaft als solche





und deren architektonische sowie historische Bedeutung informiert. Sodann berichtete die Leiterin über die Struktur und Aufgaben der Landesvertretung, die Arbeitsziele und über die Arbeitsweise der Mitarbeiter. Im Anschluss berichtete Frau Lehnart, zuständige Referentin für Justiz und Inneres, über Ihre Arbeit und Themenschwerpunkte sowie über die praktischen Möglichkeiten für die Landesvertretung, fachliche Dialoge mit Experten aus den Institutionen zu begleiten. • *cj / ml*

Jahresrückblick 2019 • Mai

Drei Ministerpräsidenten fordern Unterstützung der EU beim anstehenden Kohleausstieg

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff reiste am Montag, den **6. Mai** 2019 nach Brüssel, um gemeinsam mit Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke mehrere Termine wahrzunehmen die dem Ziel dienen, in der KOM für eine Unterstützung der von dem deutschen Ausstieg aus der Kohleverstromung



betroffenen Länder zu werben.

In diesem Sinne trafen sich die Ministerpräsidenten mittags zunächst mit dem für Haushalt und Personal zuständigen Kommissar Günther H. Oettinger. Im Rahmen dieses Treffens wurden sie auch durch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker willkommen geheißen. Mit Kommissar Oettinger unterhielten sich die Ministerpräsidenten über die Ansätze zur Unterstützung des anstehenden Strukturwandels und drohende Mittelverluste für die ostdeutschen Länder in der Förderperiode 2021 – 2027.

Im Anschluss trafen die Ministerpräsidenten Marc Lemaître, Generaldirektor GD Regio und sprachen über Strukturförderung ab 2021 im Allgemeinen und unter besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen für den Strukturwandel in den ostdeutschen Braunkohlerevieren. Man sprach sowohl über den Vorschlag des EP für einen Fonds ab dem Jahr 2021 als auch über andere Möglichkeiten, wie den Ausgleich über Wege innerhalb der Instrumente der Kohäsionspolitik.

Das letzte Gespräch des Tages in diesem Kontext führten die Ministerpräsidenten mit Johannes Laitenberger, Generaldirektor GD COMP. Mit ihm sprachen Sie speziell zu den Möglichkeiten der künftigen Gestaltung des Beihilferahmens für die ostdeutschen Kohleregionen. Den Ministerpräsidenten war es ein Anliegen darzustellen, dass es sich bei der gegebenen Situation nicht um einen natürlichen Strukturwandel handele, sondern dieser bewusst von DE in Kauf genommen werde, um zu dem gemeinsamen Ziel der EU, der Minderung des CO₂-Ausstosses, beizutragen. Sie führten vor Augen, dass bei dem Verlust von Arbeitsplätzen Abwanderung und Destabilisierung in den Regionen drohe und legten dar, wie bedeutend die Möglichkeit sei, für große Unternehmen, beispielsweise zum Ausgleich infrastruktureller Nachteile, Anreize zu schaffen, in den Regionen weiter zu investieren und für Arbeitsplätze zu sorgen. Ministerpräsident Haseloff betonte, dass es wichtig sei, großen Unternehmen an dieser Stelle mit beihilferechtlichen Freistellungen entgegenzukommen. Wegfallende Arbeitsplätze bergen das Risiko von Abwanderung und Destabilisierung erläuterten die Ministerpräsidenten. • cj
Fotos: Dr. Schuppe



Das europäische Demografie-Netzwerk plant gemeinsame Aktivitäten

Das „Demographic Change Regions Network“, kurz DCRN, traf sich am vergangenen Montag, **6. Mai** 2019, nach längerer Pause um zukünftige gemeinsame Aktivitäten zu planen. 22 Teilnehmer aus 16 Regionen Europas waren anwesend und tauschten sich über gemeinsame regionale Herausforderungen und Lösungsansätze aus. Den Vorsitz des Netzwerkes führen **Sachsen-Anhalt** und Castilla y León. Das informelle Netzwerk zielt darauf ab, durch gemeinsame Aktivitäten in Brüssel die vielfältigen Auswirkungen des demografischen Wandels in den Regionen Europas zu beleuchten, sich mit Entscheidungsträgern auszutauschen und das Thema als Priorität in den Europäischen Institutionen zu verankern. • sv





Freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU): Nächste Gewinner stehen fest



Die EU-Kommission hat am **14. Mai** die Gewinnergemeinden der zweiten Ausschreibung für mehr freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU), die vom 4. bis 5. April stattfand, veröffentlicht. In Deutschland profitieren über 500 Städte und Gemeinden. Sachsen-Anhalt ist mit u.a. **Barleben, Haldensleben und Südharz** unter den insgesamt

3.400 Siegern des WiFi4EU-Aufrufs vertreten, der sich mit rund 10.000 Bewerbungen erneut großer Beliebtheit erfreute.

Der WiFi4EU-Gesetzesvorschlag war von der EU-Kommission im September 2016 im Rahmen ihrer Strategie zum Digitalen Binnenmarkt vorgelegt worden. Er sieht die Schaffung eines 120 Mio. Euro schweren Gutscheinsystems aus dem EU-Haushalt vor, um interessierten Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Möglichkeit zu bieten, ihren Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Gebäuden und in deren Umfeld freie WLAN-Zugänge anzubieten. Es sollen insgesamt bis zu 9.000 Gemeinden von diesem Projekt profitieren.

Ein WiFi4EU-Gutschein stellt pro Gemeinde einen festen Betrag von 15.000 Euro dar, der die Installation von WLAN-Geräten auf dem neuesten Stand der Technik in den Zentren von gemeinschaftlichem Leben wie Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks oder Plätzen ermöglicht. Der WiFi4EU-Gutschein gilt für Ausrüstung und Installation der Wifi-Hotspots. Gemeinden, die einen Gutschein erhalten, müssen mindestens drei Jahre lang für den Internetzugang und die Wartung der Ausrüstung zahlen, um eine kostenlose und hochwertige WLAN-Internetanbindung zu gewährleisten.

24

Das Volumen des aktuellen Aufrufs betrug 51 Millionen Euro, welches in 3.400 Gutscheine eingeteilt wurde. Jedem teilnehmenden Land wurden mindestens 15 Gutscheine garantiert und es konnten maximal 510 Gutscheine gewinnen. Im Rahmen der ersten Ausschreibung im Jahr 2018 wurden bereits 2.800 Gemeinden ausgewählt.

Weitere WiFi4EU-Aufrufe sind für 2019 (im Laufe des Jahres) und 2020 geplant. Die Antragsteller werden im Windhundverfahren, also in der Reihenfolge der Beantragung ausgewählt, wobei darauf geachtet wird, dass jedem Mitgliedstaat eine bestimmte Anzahl von Gutscheinen zugutekommt. • *dw Quelle: EU-Kommission*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung zu den Gewinnern (nur in Englisch verfügbar): [hier](#)

Gewinner aus Deutschland: [hier](#)

Fragen und Antworten zu WiFi4EU: [hier](#)

WiFi4EU-Portal: [hier](#)



Tipp – Azubis werben für die Europawahl

Das Video "Azubis werben für die Europawahl" ist unter folgendem Link zu finden:

<https://www.youtube.com/watch?v=L-3SlwsVcQs>

Das Video entstand im Rahmen des jährlich stattfindenden EU-Azubigipfel im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Im Rahmen dessen beschäftigen sich seit mehreren Jahren die Auszubildenden zum/ zur Verwaltungsfachangestellten/ Kommunal mit europapolitischen Themen.

Im Herbst 2018 wurde im Rahmen eines Workshops darüber diskutiert, wie der EU-Azubigipfel 2019 gestaltet werden sollte. Die Azubis waren sich schnell darüber im Klaren, dass die Europawahl das Schwerpunktthema sein soll.

So entstand die Idee, mit den Bürgermeistern des Landkreises Interviews zum Thema Europa durchzuführen, um die jeweilige Europaarbeit der Kommune vorzustellen und gleichzeitig für die Europawahl zu werben.

Um fit für diesen Auftrag zu sein, lernten die Azubis in Einzelworkshops dem Umgang mit der Kamera; Grundkenntnisse der Interviewführung wurden ebenso vermittelt.

Im Januar 2019 wurden insgesamt 7 Videos aufgenommen, im offenen Kanal Magdeburg geschnitten und aufbereitet. Eine großartige Leistung, was die jungen Menschen vollbracht haben!

Aus diesen Videos sowie den Statements von EU Abgeordneten entstand dann im April 2019 das beigefügte Video. Gern möchte ich dieses Projekt verbreiten um darzustellen, dass Europa bei uns im Landkreis Anhalt-Bitterfeld tatsächlich ein Thema ist und gelebt wird -Anhalt-Bitterfeld in Europa/ Europa in Anhalt-Bitterfeld!

25

Für Rücksprachen steht Ihnen zur Verfügung.

Bianca Laukat

Europabeauftragte

Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Bereich Landrat

06366 Köthen (Anhalt)

Am Flugplatz 1

Telefon 03496-60 10 16

Fax 03496-60 10 02

E-Mail Bianca.Laukat@Anhalt-Bitterfeld.de

Gastartikel



Das Magdeburger Recht: ein Exportschlager aus Sachsen-Anhalt

In Vorbereitung auf die am 01. September 2019 beginnende Sonderausstellung im Kulturhistorischen Museum Magdeburg, welche unter dem Titel „Faszination Stadt: Die Urbanisierung Europas im Mittelalter und das Magdeburger Recht“ steht, lud die Landesvertretung Sachsen-Anhalt am **16. Mai** 2019 zu einer Abendveranstaltung in ihre



Räumlichkeiten ein.

In seiner Begrüßungsrede hob Staatsminister Rainer Robra die Vorbildfunktion des Magdeburger Rechtes hervor und würdigte die im September 2019 beginnende und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehende Sonderausstellung als einen wichtigen Schritt auf dem Weg Magdeburgs zur Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2025.

Den nachfolgenden Teil der Veranstaltung gestaltete ein international besetztes Podiumsgespräch, an welchem Dr. Gabriele Köster (Direktorin der Magdeburger Museen), Dr. Christina Link (Kuratorin der Ausstellung „Faszination Stadt“), Dr. Jolanta Karpavičienė (Nationalmuseum Palast der Großfürsten von Litauen) und Prof. Dr. Heiner Lück (Universität Halle-Wittenberg und Sächsische Akademie der Wissenschaften) teilnahmen. Die Moderation übernahm Heinrich Natho, welcher



ebenfalls für die Magdeburger Museen tätig ist. Im Zuge des Podiumsgesprächs wurden vornehmlich die historische Dimension und die Bedeutung des Magdeburger Rechtes für die Städte des Mittelalters erörtert. Insbesondere dessen Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen sowie der Beitrag zur Entwicklung der Städte hin zu Zentren des Friedens und des Wohlstandes wurden verdeutlicht.

Abgerundet wurde der historische Diskurs durch die musikalische Untermalung des Ensembles „Triskilian“, welches das Publikum in die Zeit des Mittelalters mitnahm.

Die Ausstellung im Kulturhistorischen Museum Magdeburg kann im Zeitraum vom 01. September 2019 bis zum 02. Februar 2020 besichtigt werden - eine gute Gelegenheit der Landeshauptstadt einen Besuch abzustatten. • mw

© Fotos: A. Bienenstock

Europaminister Robra führt Gespräche in Brüssel zum Thema Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier

Rainer Robra, Staats- und Europaminister, Minister für Kultur und Chef der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, reiste am **16. Mai** 2019 nach Brüssel, um mehrere Termine mit Vertretern der EU-Institutionen wahrzunehmen. Im Mittelpunkt standen dabei die Themen Programmierung der künftigen Strukturfondsförderperiode sowie Fragen des Strukturwandels im Mitteldeutschen Revier.



Neben einem Austausch mit Thomas Wobben, Direktor für Legislativtätigkeiten im Ausschuss der Regionen und ehemaliger Leiter der Landesvertretung Sachsen-Anhalts bei der EU, wurden Termine in der Generaldirektion REGIO der EU-Kommission wahrgenommen. Gesprächspartner waren unter anderem Erich Unterwurzacher (Direktor Abschluss und Großprojekte und Implementierung III), Rudolf Niessler (Direktor Intelligentes und nachhaltiges Wachstum, GD REGIO) und Leo Maier (Referatsleiter, Unit Deutschland, Niederlande, Österreich).

Minister Robra betonte die Notwendigkeit ausreichender regionaler Spielräume für den Einsatz der europäischen Struktur- und Investitionsfonds zur Flankierung des Kohleausstiegs im Mitteldeutschen Revier. Er hob den bereichsübergreifenden Prozess des Strukturwandels hervor, der EU-seitig Planungsbeschleunigungsmaßnahmen bei Infrastrukturvorhaben sowie Modifikationen des Beihilferahmens notwendig mache. Wenn man die CO₂-Reduktionsziele erreichen wolle, müsse man auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Der Kohleausstieg sei ein solch disruptiver Prozess, der entsprechende Maßnahmen der Politik fordere. Man sprach zudem über den Vorschlag des EU-Parlaments für einen Fonds für eine gerechte Energiewende für die ab 2021 beginnende Förderperiode, aber auch über andere Möglichkeiten, wie den Ausgleich über Wege innerhalb der Instrumente der Kohäsionspolitik, der zielführender sei, so Minister Robra.

Darüber hinaus sensibilisierte der Minister für die Besonderheiten ostdeutscher Übergangsregionen, insbesondere dahingehend, dass die Fokussierung der Investitionsleitlinien der EU-Kommission auf Innovation im Zusammenhang mit dem politischen Ziel 1 („intelligenteres Europa durch die Förderung eines innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandels“) der ostdeutschen Situation nicht ausreichend Rechnung trage. Gerade für die Entwicklung Ostdeutschlands sei es wichtig, auch Unternehmen bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, unabhängig vom Innovationsbezug, unterstützen zu können. *dw*

27

Exzellente Forschung aus Sachsen-Anhalt: Forschungsverbund „Autonomie im Alter“ stellt in der Landesvertretung Spitzenprojekte vor

Am **22. Mai** stellten Wissenschaftler des Forschungsverbunds „Autonomie im Alter“ in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel aktuelle Projekte vor. Die durch Strukturfonds geförderten Spitzenprojekte sind durch die Verbundstruktur inhaltlich verknüpft und stellen damit einen strategischen innovationsbasierten Ansatz zur Lösung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Probleme dar. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem Ministerium Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Sachsen-Anhalt (MW) organisiert und zielte darauf ab, zukunftssträchtige Lösungsansätze für die Herausforderungen des demografischen Wandels darzustellen. Da in Sachsen-Anhalt der Alterungsprozess der Gesellschaft überdurchschnittlich fortgeschritten ist, kann das Land als eine Modellregion für viele andere Regionen Europas dienen, die mit diesen Problemlagen



konfrontiert sind bzw. sein werden. Unter den zahlreichen Teilnehmern waren Vertreter der Kommission, der Hochschulen, wissenschaftlicher Verbände sowie der Brüsseler Büros der Bundesländer und anderer europäischer Regionen.

Zu Beginn umriss Herr Staatssekretär Dr. Jürgen Ude vom MW im Kontext der mit der Alterung der Gesellschaft verbundenen wachsenden Demenzerkrankungen die strategischen Maßnahmen des Landes zur Weiterentwicklung der Pflege. Sachsen-Anhalt könne europaweit als Modellregion für die Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen gesellschaftspolitischen Herausforderungen dienen. Man habe daher die Bedeutung der Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene erkannt und ziele darauf ab, durch die aktive Mitwirkung in Netzwerken wie ERRIN und der Vanguard Initiative sowie durch die Weiterentwicklung der Regionalen Innovationsstrategie verbesserte Bedingungen für die Forschungs- und

Im Anschluss stellte Jean-Luc Sanne der Generaldirektion Forschung der Kommission die Schwerpunkte der Gesundheitsforschung im aktuellen und zukünftigen EU-Forschungsrahmenprogramm vor. Bereits aktuell wachse die Bedeutung der Beteiligung der Regionen in einschlägigen Forschungsinitiativen wie der Plattform zur intelligenten Spezialisierung in personalisierter Medizin. Zukünftig werde das Gesundheitscluster in „Horizont Europa“ durch die Einbindung regionaler Stakeholder im laufenden strategischen Planungsprozess zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms und die Missionsorientierung zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen auch verstärkt auf in den Regionen stattfindende Forschung abstellen.



Die Leiterin des Instituts für Gesundheits- und Pflegewissenschaft an der Martin-Luther-Universität in Halle (MLU), Prof. Dr. Gabriele Meyer, stellte im Anschluss das Projekt „Dementia Care Nurse“ (DCN) vor, das die Qualifikation für erweiterte Kompetenzen von Pflegenden zur vernetzten quartierbezogenen Versorgung von Menschen mit Demenz entwickle. Festzuhalten sei, dass die Mehrzahl der Menschen mit Demenz zu Hause versorgt werden, zugleich aber die gezielte Unterstützung von Menschen mit Demenz und ihren Pflegenden in Deutschland eher fragmentiert sei. Durch die maßgeschneiderte und bedarfsorientierte Begleitung durch die DCN soll die häusliche Versorgung nicht zuletzt zur Entlastung des Gesundheitssystems gestärkt werden.



Prof. Dr. Emrah Düzel, Leiter der klinischen Forschung des Deutschen Zentrums für



neurologische Erkrankungen in Magdeburg umriss in einem Folgebeitrag das Projekt „TeamSenior“. Das Vorhaben entwickle zur Bekämpfung der mit körperlicher und geistiger Inaktivität verbundenen Demenzfortschritte angesichts der mangelnden Verfügbarkeit von Pflegekräften und finanziellen Ressourcen neue teils digital gestützte Methoden der Verbesserung der Hirn- und Körperleistung u.a. durch die Einbindung freiwilliger

Betreuer. Diese Methoden haben sich bislang als außerordentlich effektiv bei der Verbesserung des Gesundheitszustands der Patienten erwiesen.

Im Anschluss stellte der ehem. Leiter der Stabsstelle Pflegeforschung an der MLU das Projekt „Fast integration of assistive technics (FORMAT)“ dar. Der Schwerpunkt des Vorhabens sei die Erfassung der Akzeptanz der Nutzung von auf Robotik und künstlicher Intelligenz gestützten



assistiven Systemen und die darauf basierende Entwicklung von multimodalen Bildungsangeboten. Da die Bereitschaft, diese Systeme zu nutzen dem Bedarf folge, müsse die Entwicklung einschlägiger Systeme die Präferenzen der Adressaten berücksichtigen, weshalb das Projekt ein sog. Future Lab als Lehr- und Experimentierraum innovativer Assistenzsysteme in der Pflege eingerichtet habe.

In der anschließenden Paneldiskussion wurde u.a. betont, dass die von den Projekten entwickelten Methoden und Modelle den Optimierungsbedarf im deutschen Gesundheitssystem verdeutlichen und zugleich durchaus Relevanz für andere Bereiche und Regionen entfalten. Voraussetzung für eine erfolgsträchtige Anwendung entsprechender Methoden seien fundierte Anschlussforschungen zur Verbesserung der wissenschaftlichen Erfahrungswerte. Auch sei es wichtig, auf EU-Ebene einschlägige Förderinstrumente vorzusehen und die Synergien zwischen regionalen und EU-Forschungsinitiativen zu verbessern.

29

Europäisches Parlament - Europawahl 2019

Insgesamt [1.380 Kandidat*innen aus 41 Parteien](#) und sonstigen politischen Vereinigungen standen in Deutschland am **26. Mai** zur Wahl. In der ganzen EU konnten rund 426 Millionen Wahlberechtigte aus mehr als 15.000 Kandidat*innen auswählen. Allein in Deutschland halfen rund 609.000 Freiwillige in den Wahllokalen.



Aus Brüssel berichteten am Europawahl-Sonntag rund 1.300 akkreditierte Journalist*innen. Der Plenarsaal des Europäischen Parlaments verwandelte sich in ein riesiges Medienzentrum. Angemeldet hatten sich 770 TV-Journalist*innen von 195 TV-Sendern, 260 Journalist*innen aus Print- und Online-Medien, 170 Agenturjournalist*innen sowie 70 Radioreporter*innen. Über die endgültige Sitzverteilung wird im kommenden WS berichtet.

• *eag Quelle: diverse PM EP*



Europäische Kommission – Förderung von 1.800 Doktoranden mit 470 Millionen Euro

Die Europäische Kommission hat am **24. Mai** die Gewinner der neuen Förderrunde im Rahmen der Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen bekanntgegeben. Mit 470 Mio. Euro werden 128 innovative Ausbildungsnetze mit 1.389 Organisationen in 56 Ländern unterstützt. Darunter sind mehrere deutsche Forschungseinrichtungen, wie beispielsweise die Friedrich-Schiller-Universität Jena, das Leibniz-Institut für Photonische Technologien e.V., die Universität Bielefeld, die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität in Hannover, die Universität Bayreuth und die **Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**.

Die Projekte werden weltweit rund 1.800 Doktoranden hochwertige Forschungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bieten.

Zu den 128 ausgewählten Promotionsstudiengängen gehören 16 europäische Industriepromotionen, bei denen außeruniversitäre Einrichtungen die gleiche Rolle spielen wie Universitäten und neun europäische gemeinsame Promotionen von Universitäten. Die ausgewählten Projekte decken verschiedene Forschungsbereiche wie Technik und Kommunikation, Umwelt, Gesundheit und Paläontologie ab.

Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen sind Teil des europäischen Programms „[Horizont 2020](#)“. Benannt wurden sie nach Marie Curie, der Physikerin und Chemikerin polnischer Herkunft, die in Frankreich lebte und über Radioaktivität forschte. Marie Skłodowska Curie erhielt zwei Nobelpreise.

Das Förderprogramm wurde von der Europäischen Kommission eingerichtet, um die länder- und sektorübergreifende Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu unterstützen. Zudem sollen wissenschaftliche Laufbahnen attraktiver und der Forschungsstandort Europa noch interessanter werden. Ziel der Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen ist nicht zuletzt die Schaffung eines starken Pools von europäischen Forschenden. Die Finanzhilfvereinbarungen werden am 15. August unterzeichnet und haben eine Laufzeit von vier Jahren. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News](#)

[Die vollständige Liste der ausgewählten Projekte](#)

Jahresrückblick 2019 • Juni

Konferenz „Bekämpfung des organisierten grenzüberschreitenden Ladungsdiebstahls mit dem Modus Operandi Planenschlitzen“



Am **18. Juni** 2019 kamen Vertreter aus den Landeskriminalämtern Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, der Generaldirektion Mobilität und Verkehr der EU-Kommission, von Europol und der Transported Asset Protection Association (TAPA) zu einem Austausch zum Thema organisierte Kriminalität in Form des Ladungsdiebstahls in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel zusammen. Frau **Staatssekretärin Dr. Tamara Zieschang** wies eingangs in ihrem Grußwort auf den großen volkswirtschaftlichen Schaden der Autobahnkriminalität und auf die Wichtigkeit der nationalen und internationalen Zusammenarbeit hin.

Herr Guido Sünneemann, Abteilungsleiter im Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt, stellte das mit Mitteln des Fonds für Innere Sicherheit der Europäischen Union geförderte Projekt des Landeskriminalamtes mit eindrucksvollem Bildmaterial vor. Im Jahr 2018 registrierte das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt 737 Überfälle auf Lastwagen mit Ladeflächen-Diebstählen in 173 Fällen und startete am 1. Juli 2018 das Projekt „CARGO“ zur Bekämpfung des Kriminalitätsphänomens Ladungsdiebstahl. Ziele des Projektes sind u.a. die Förderung der bundesweiten Zusammenarbeit, ein bundesweiter Überblick über laufende Verfahren, Optimierung der operativen Fallfassung und -bearbeitung und, die internationale Zusammenarbeit, z.B.



mithilfe von Joint Investigation Teams etwa mit Polen, zu intensivieren. Man möchte zudem weitere europäische Partner langfristig für polizeiliche und weitere Zusammenarbeit motivieren. Herr Sünneemann wies auf die große Dunkelziffer von Überfällen hin, die der Polizei gar nicht bekannt würden und konnte erhebliche Fahndungserfolge durch die Vorgehensweise des Projektes vermelden.

Die stellvertretende Dezernatsleiterin Frau Inet Habenicht aus dem Landeskriminalamt Niedersachsen stellte die Arbeit des Teilprojektes Prävention vor und problematisierte auch die Bezahlbarkeit der Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen. Herr Frederik Rasmussen, stellvertretender Referatsleiter der Generaldirektion MOVE zog das Fazit, dass in Europa 100 000 Parkplätze für LKWs fehlten und von den bestehenden ca. 300 000 gerade einmal 7000 eine zertifizierte Sicherheit aufwiesen. Herr Michael Will, Projektleiter Eigentums kriminalität von Europol, erläuterte die Unterstützungsmöglichkeiten seiner

Organisation, die u.a. in organisatorischen Arbeiten, Informationsaustausch, Expertenwissen und finanziellen Mitteln bestehe.

Der Vertreter der Transportvereinigung TAPA, Herr Thorsten Neumann, wies - wie schon seine Vorredner - auf die Gefahren für Leib und Leben der Kraftfahrer, die Bedeutung von Lagezahlen und darauf hin, dass durch gute Wiederverkaufsmöglichkeiten die Bandbreite der gestohlenen Waren unbegrenzt sei. Er benannte einen täglichen Schaden von etwa 380 000 Euro durch Ladungsdiebstähle und stellte hilfreiche Sicherheits-Selbstzertifikationen der Branche vor. Die Strafen für verurteilte Täter seien im Verhältnis zum Schaden mit maximal 2 ein halb Jahren zu kurz, um wirksam zu sein.

In der Podiumsdiskussion wurden schließlich neben weiteren die Punkte Prävention, Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden im Föderalismus als Sicherheitsgarantie und autonome Fahrsysteme bzw. Transporte ohne Unterbrechungen thematisiert. • ml / Fotos: eg



Sachsen-Anhalt tritt interregionalem EU-Netzwerk „Vanguard Initiative“ zur Stärkung der Innovation bei



Staatssekretär Dr. Jürgen Ude, Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, **unterzeichnete** im Rahmen einer hochrangigen Direktoren-Sitzung der Vanguard-Initiative **am 18. Juni** in Brüssel die **Beitrittserklärung des Landes zum interregionalen europaweiten Netzwerk**. Er betonte im Rahmen der Sitzung, dass die Vanguard-Initiative es durch ihren Bottom-Up-Ansatz ermögliche, dass zukünftig Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und deren Verbänden in Form von Clustern und Netzwerken aus Sachsen-Anhalt Zugang zu einer internationalen, europäischen Plattform erhielten und sich dadurch neue Innovationskooperationen verwirklichen ließen. So ist das seit 2014 bestehende Netzwerk an Forschungs- und Innovationsakteuren mittlerweile auf 34 Regionen aus 13 Mitgliedsstaaten der EU angewachsen. Von den deutschen Bundesländern sind Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen bislang Mitglieder.



Ziel der Initiative ist es, die beteiligten Akteure im Rahmen von Pilotprojekten zusammenzubringen, um konkrete Demonstrationsvorhaben zu neuen Technologien und interdisziplinären Methodenansätzen zu starten. Man setzt auf die wissenschaftlichen und technologischen Stärken der jeweiligen Akteure und lehnt sich an das Prinzip der intelligenten Spezialisierung der Regionen an, das in der Regionalen Innovationsstrategie verankert ist.



Dabei erhofft man sich besseren Zugang zu europäischen Forschungsmitteln, da man davon ausgeht, dass etablierte Konsortien, die auf europaweiten exzellenten Wertschöpfungsketten fundieren, deutlich bessere Chancen bei der Antragstellung haben.

Seit 2014 laufen bereits fünf Pilotprojekte zu den Themen Bioökonomie, effiziente und sichere Fertigung, 3D-Drucken, meeresbasierte erneuerbare Energien und Offshore-Energie sowie nanobasierte Produkte. Aus diesen Piloten sind schon eine bedeutende Anzahl an konkreten Demonstrationsprojekten entstanden. Interessierte Akteure bekommen durch die Mitgliedschaft Sachsen-Anhalts gebührenfreien Zugang zu Sitzungen und Demonstrationsprojekten der Pilotprojekte.

Im Verlauf des hochrangigen Direktorentreffens am 18. Juni wurde die schwedische Region Skåne zum Vorsitzenden der Vanguard-Initiative für die zweite Jahreshälfte 2019 gewählt. Darüber hinaus gab es einen fundierten fachlichen Austausch mit hochrangigen Vertretern der EU-Kommission zu den Themen Technologieinfrastrukturen und Industriepolitik.

Weitere Informationen zur Vanguard-Initiative können unter folgendem Link abgerufen werden: <http://www.s3vanguardinitiative.eu/> • *df/dw*



Sommerfest der LV Brüssel



Am Abend des **26. Juni 2019** fand bei schönstem Sommerwetter das jährliche Fest der Begegnung, diesmal unter dem Titel „Sachsen-Anhalt: Bauhaus trifft Europa“, in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel statt.

Begrüßt wurden die Gäste durch den Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haselhoff. Im Anschluss richtete Oliver Paasch, Ministerpräsident der

Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, ein Grußwort an die anwesenden Gäste. Das Bauhaus, welches vor 100 Jahren die architektonische, künstlerische und kulturelle Landschaft in Deutschland und Europa revolutionierte, stand im Mittelpunkt der beiden Reden.



Im Anschluss konnten sich die Gäste, hierunter auch die Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Anne-Marie Keding, Wirtschafts-Staatssekretär Dr. Jürgen Ude, und MdEPs wie der Abgeordnete des Europäischen Parlamentes aus Sachsen-Anhalt, Sven Schulze, an dem vielfältigen Buffett von den kulinarischen Qualitäten des Landes persönlich überzeugen.

34



Besonderer Dank geht an dieser Stelle an die Dietzel's Fleisch- und Wurstwaren GmbH, die PureRaw, Knufmann GmbH und die Colbitzer Heide-Brauerei GmbH, die die Veranstaltung mit Würstchen, Algenprodukten und Bierhochwertigen Erzeugnissen aus Sachsen-Anhalt – unterstützten.

Besondere Highlights des Abends waren die Scheibenwelt-Auftritte zum Thema 100 Jahre Bauhaus des Künstlers Kolja Huneck sowie die Präsentation eines Modells des Bauhaus-Kiosk (Taut-Kiosk) durch die GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH. Die Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt war ebenfalls vor Ort und informierte über die touristischen Highlights in Sachsen-Anhalt.

Die musikalische Umrahmung des Abends übernahm die in Dessau ansässige Band „Free Elements“. Das Quintett, bestehend aus Jörg Naumann, Falk Röske, Cenk Erbiner, René Kutschmann und Thomas Rüdiger, unterhielt die anwesenden Gäste mit einem eigenen



Musikprogramm, welches der Original-Bauhaus-Kapelle nachempfundenen wurde. Zu hören sein wird es auch im September bei den Dessauer Festspielen zum Bauhausjubiläum. • dw

Fotoimpressionen vom Sommerfest 2019









Fotos: Alain Bienenstock www.alainbienenstock.be



Sachsen-Anhalt tritt EU-Wasserstoff-Initiative bei

Sachsen-Anhalt will den heimischen Wasserstoffstandort Mitteldeutschland weiter stärken und beteiligt sich dafür künftig an der entsprechenden Partnerschaft „[Hydrogen Valleys](#)“ im Rahmen der „Plattform zur Intelligenten Spezialisierung“ (S3) der Europäischen Union. Die Auftaktsitzung hierzu fand am **25. Juni** in Brüssel statt.



An der Initiative wirken bisher 31 Regionen aus 13 EU-Mitgliedsstaaten mit. Es ist damit die größte der über 20 thematischen S3-Plattformen. Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt koordiniert die Teilnahme an der Wasserstoff-Initiative. Das Ministerium war zuvor bereits der S3-Chemie-Plattform beigetreten.

Durch die Beteiligung an der S3-Partnerschaft stärkt Sachsen-Anhalt die langjährige Kooperation mit anderen europäischen Chemie- und Wasserstoffregionen und trägt der kommenden Ausrichtung der EU-Förderpolitik hin zu Innovationen, Nachhaltigkeit und CO₂-Reduzierung Rechnung. Die Initiative bietet u.a. maßgeschneiderte Beratung sowie bringt Unternehmen und Forschungseinrichtungen innerhalb der EU für die Realisierung zukunftsweisender Projekte in neuen Wachstumsbereichen zusammen. Der intensive Wissensaustausch über Ländergrenzen hinweg soll den Weg bereiten für neue Technologien und Prozesse, dies insbesondere mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der heimischen Wirtschaft sowie den anstehenden Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier.

Sachsen-Anhalt weist bei vielen Themenbereichen im Bereich Wasserstoff ein hohes Innovationspotenzial auf, verfügt über eine 150 km lange und damit die zweitlängste Wasserstoffpipeline Deutschlands sowie über Salzkavernen, die zur Großspeicherung von Wasserstoff genutzt werden könnten. Flankierend gibt es Forschungsmaßnahmen wie HYPOS (Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany), ein vom Bund gefördertes Projekt, welches – im Netzwerk mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen – die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Energieumwandlung, -speicherung und des Energietransports mittels Wasserstoff untersucht. *dw*

Ausschuss der Regionen – 135. Plenartagung am 26. und 27. Juni 2019 in Brüssel

Am **26. und 27. Juni 2019** fand die 135. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel statt, an der **Staatssekretär Dr. Schneider** teilnahm. Die Sitzung begann mit der Verabschiedung einer Entschließung zu den Vorschlägen des AdR für die neue Legislaturperiode der Europäischen Union.



Anschließend debattierte **Jyrki Katainen**, Vizepräsident der Europäischen Kommission (KOM), zuständig für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit mit den Mitgliedern des AdR. In der Debatte über die Verankerung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) vor Ort führte er aus, dass die KOM einerseits die SDGs als Querschnittsthema in allen Bereichen verankern möchte; andererseits agiere sie auch in spezifischen Politikbereichen, z.B. im Rahmen der EU-Plastikstrategie und der Biowirtschaftsstrategie. In der Debatte erinnerte die Vertreterin der EVP, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für 65% der Umsetzung der SDGs verantwortlich seien. Die Umsetzung müsse vor diesem Hintergrund gemeinsam geschehen. Der Vertreter der SPE mahnte an die soziale Dimension nicht zu vernachlässigen. Am Abend wurde die Auszeichnung „Europäische Unternehmerregion“ an Danzig/Pommern (Polen), Göteborg (Schweden) und Navarra (Spanien) vergeben. Seit 10 Jahren werden Regionen, die in besonderem Maße das Unternehmertum fördern und eine unternehmenspolitische Vision haben, ausgezeichnet.

Am nächsten Tag folgte die Verabschiedung des AdR-Generalsekretärs **Jiri Burianek**. In seiner Dankesrede betonte er, dass der AdR heute wichtiger denn je sei, um als brückenbauende Institution zu agieren und die demokratischen Werte zu verteidigen.

Im Anschluss debattierten die Abgeordneten mit **Miguel Arias Canete**, für Klimapolitik und Energie zuständiges Mitglied der KOM, über die Rolle der EU-Regionen bei der Multi-Level-Governance von Klimaschutz und Energiewende. Canete warb für eine Unterstützung der europäischen Kohleregionen bei der Transition hin zu klimafreundlichen Alternativen. Eine enge Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sei essentiell, um alle Menschen mitzunehmen und die Klimawiderstandsfähigkeit der EU zu erhöhen. Die Plenartagung endete mit einem Festakt anlässlich des 25-jährigen Bestehens von AdR und Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates.

40

Insgesamt standen zehn Stellungnahmen und eine EntschlieÙung auf der Tagesordnung. • sv

Jahresrückblick 2019 • Juli

Das „digitale Dorf“ Hohe Börde präsentiert sich in Brüssel

Die Mitglieder des „Demographic Change Regions Network“, kurz DCRN, tauschten sich am Dienstag, den **9. Juli**, mit zwei Experten aus der Europäischen Kommission, KOM, und Vertretern aus Sachsen-Anhalt, Valencia und Alentejo über das Konzept „Smarte Dörfer“ aus. 27 Teilnehmer aus 15 Regionen nahmen teil.

Den **Vorsitz** des europäischen Demografie-Netzwerkes **führen Sachsen-Anhalt und Castilla y León**. Das informelle Netzwerk zielt darauf ab, durch gemeinsame Aktivitäten in Brüssel die vielfältigen Auswirkungen des demografischen Wandels in den Regionen Europas zu beleuchten, sich mit Entscheidungsträgern auszutauschen und die Thematik als Priorität in den Europäischen Institutionen zu verankern.

Beata Adamczyk, Referentin in der Abteilung F1 Konzeption und Konsistenz ländlicher Entwicklung in der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, GD AGRI, präsentierte den politischen Rahmen rund um die Themen ländliche Entwicklung und „Smarte Dörfer“. Aktuell laufe eine Status Quo-Analyse in den EU-Mitgliedstaaten. Sie wies darauf hin, dass das Konzept „Smarte Dörfer“ mit anderen Förderlinien kombiniert werden könne, wie z.B. der Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Kommission zur Entwicklung ländlicher Räume LEADER. Sie lud die Mitglieder des DCRN ein zum Reflexionsprozess der KOM über eine zukünftige Strategie beizutragen.



Beata Adamczyk, Referentin, GD AGRI,
Europäische Kommission

41

Paul Soto, leitender Referent des Europäischen Netzwerks für ländliche Entwicklung, ENRD, stellte die Ergebnisse der thematischen Arbeitsgruppe „Smarte Dörfer“ vor. Das ENRD versteht sich als Hub, um das ländliche Europa miteinander zu verbinden, und wurde 2008 von der GD AGRI ins Leben gerufen wurde. Er verwies darauf, dass das Konzept „Smarte Dörfer“ absichtlich weitgefasst und flexibel sei. Die Digitalisierung sei hier ein Mittel zum Zweck, mit deren Hilfe spezifische lokale Herausforderungen angegangen werden könnten. Das [Portal](#) mit bewährten Praktiken habe sich vor diesem Hintergrund als sehr nützlich erwiesen.



Paul Soto, leitender Referent des Euro-
päischen Netzwerks für ländliche Entwicklung,
ENRD

Nach einem regen Austausch zur politischen Debatte zeigten sich beide Experten erfreut im Anschluss zu erfahren, wie das Konzept „Smarte Dörfer“ in drei europäischen Regionen umgesetzt wurde.

Bürgermeisterin Steffi Trittel überzeugte mit ihrem Gesamtkonzept in der Gemeinde Hohe Börde: Nach der Einrichtung eines Breitbandnetzes für Bürger und Unternehmen und basierend auf einer sozialraumorientierten Machbarkeitsstudie zur Digitalisierung, erfolgt seit Beginn 2019 die Umsetzung des Projekts „Digitales Dorf Hohe Börde – digitaler Kompetenzerwerb für alle Generationen“. Gefördert wird das Projekt durch das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt. Neue Projektideen (ein Co-Working-Space für berufstätige Mütter) sind bereits vorhanden – eine passende Finanzierung wird aktuell gesucht.



Bürgermeisterin Steffi Trittel und Anna Lücke, Hohe Börde, Sachsen-Anhalt



Marcos Nogueira, Alentejo, Portugal

Die Situation der sehr gering bevölkerten Hinterlandregion Alentejo in Portugal wurde von **Marcos Nogueira** vorgestellt. Er warb bei der KOM für eine europäische Strategie für Dörfer, die auch Themen wie Kunst und Kultur im ländlichen Raum unterstützt.

Abschließend informierte Generaldirektor **Antoni Such** aus Valencia, Spanien, über den regionalen Aktionsplan Avant. In den inländischen sehr dünn besiedelten Gemeinden gäbe es keine flächendeckende Versorgung von

Finanzeinrichtungen mehr, da die Kosten den Gewinn für Bankinstitute übersteigen. Zur Bekämpfung der finanziellen Ausgrenzung finanziert die Region die Bereitstellung von Bankautomaten in 120 Gemeinden. Valencia ist in Regionalpartnerschaft eng mit Sachsen-Anhalt verbunden.

Eine rege Diskussion über gemeinsame Herausforderungen und konkrete Fragen zu den bewährten Praktiken schloss sich an.

Was sind „Smarte Dörfer“?

„Smarte Dörfer“ nutzen informations- und kommunikationstechnische Mittel um Dienstleistungen und die Lebensqualität im ländlichen Raum unter Beteiligung der einheimischen Bevölkerung zu verbessern. Innovative und oft digitale Möglichkeiten bieten sich u.a. in den Themenfeldern Gesundheit, Soziales, Bildung, Energie, Mobilität und Einzelhandel. Gerade im ländlichen Raum werden durch den demografischen Wandel u.a. die Daseinsvorsorge und der soziale Zusammenhalt erschwert. Durch die Förderung der sozialen und digitalen Erneuerung ländlicher Dienstleistungen kann eine ortsspezifische Lösungsstrategie entwickelt werden, die auf lokalen Stärken aufbaut. Eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit von Bürgern, Gemeinden und der lokalen Wirtschaft hilft kreative Ideen und Initiativen zur Wiederbelebung der Grundversorgung in ländlichen Gebieten umzusetzen. Zudem wird die Attraktivität der Gemeinden gesteigert. • sv



Generaldirektor Antoni Such, Valencia, Spanien



Sachsen-Anhalt bei der Vorstellung der Institute des deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums in den ostdeutschen Bundesländern vertreten



Am **9. Juli** veranstaltete das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR) gemeinsam mit dem Brüsseler Informationsbüro Mecklenburg-Vorpommerns seinen jährlichen Empfang im Zentrum der Regionen Brüssel. Dieses Jahr stand die Veranstaltung im Zeichen der Darstellung der Forschungsschwerpunkte der DLR-Institute in den ostdeutschen Bundesländern. Sachsen-Anhalt wurde dabei von **Staatssekretär Dr. Jürgen Ude** des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-

Anhalt und Herrn **MdEP Sven Schulze** (CDU) vertreten.

Im ersten Panel wurde mit Prof. Dr. Rolf Henke, Vorstandsmitglied des DLR, StS Dr. Ude und Herrn MdEP Schulze das neue Nationale Erprobungszentrum für Unbemannte Luftfahrtsysteme und Drohnenforschung in Cochstedt, Sachsen-Anhalt, diskutiert. Durch die Lagevorteile in der Mitte Deutschlands solle der Standort zum Zentrum eines Netzwerks entwickelt werden. Das DLR wolle ein Pilotzentrum und ein Angebot für die Ansiedlung von Start-Ups und die Interaktion mit Zulassungsbehörden schaffen.

43

Herr StS Dr. Ude lobte das Engagement des DLR in der Region und die Entwicklung des seit längerer Zeit brachliegenden Standorts und setzte sich für eine Vertiefung des Leitthemas Mobilität im Rahmen der strategischen Innovationspolitik Sachsen-Anhalts bis 2030 ein. Er plädierte für einen entsprechenden Ausbau des Standorts zur Etablierung einer Start-Up-Szene, wofür auch die Städtepartnerschaft Magdeburg-Braunschweig hilfreich sein könne.

Herr MdEP Schulze begrüßte ebenfalls die Nachnutzung des Flughafens in seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Hierdurch sei es gelungen, die Bedeutung Sachsen-Anhalts als Vorreiter für technologische Zukunftsthemen auch auf der europäischen Ebene zu platzieren. Mit seinem politischen Engagement im Ausschuss für Forschung und Entwicklung des EU-Parlaments werde er für eine Platzierung der Themen im zukünftigen Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ werben. • *mr/df*





Ausschuss der Regionen – Konferenz der Kohäsionsallianz für eine starke und wirksame Kohäsionspolitik nach 2020

Am **10. Juli 2019** fand eine Konferenz der Kohäsionsallianz im Ausschuss der Regionen (AdR) statt, um im Kontext der im Herbst fortzusetzenden Verhandlungen über die EU-Strukturfonds und der Konstituierung des neuen Europäischen Parlaments einen Dialog über die Kernforderungen der Allianz für eine starke Kohäsionspolitik nach 2020 zu führen. Sachsen-Anhalt wurde hierbei von Herrn **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR und Berichterstatter einer Reihe an kohäsionspolitischen AdR-Stellungnahmen, darunter aktuell zum Entwurf der Kommission zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020.

AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz eröffnete die Veranstaltung und zeichnete zu Beginn die Entstehung der Kohäsionsallianz nach, die im Wesentlichen auf der Stellungnahme von Herrn StS Dr. Schneider zur KHP nach 2020 beruhe. Insbesondere habe man damit auf ein Papier der



Kommission reagiert, das eine Förderung nur für die wirtschaftsschwächsten Regionen Europas und eine Abschaffung der Übergangsregionen vorsah. Mit Blick auf die Zukunft fordere der AdR wie das Parlament einen umfassenden mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der den Vorschlag der Kommission übersteige. Die Kohäsionsallianz freue sich über den Schulterchluss mit dem EP, der sich durch dessen Forderung der Stärkung des Partnerschaftsprinzips in der Kohäsionspolitik und die Anwesenheit des neuen Vorsitzenden des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGL) im Parlament äußere.

Herr Staatssekretär Dr. Schneider umriss die zentralen Erfolge der Kohäsionsallianz, die sich mittlerweile über mehr als 11.600 Unterstützer, darunter 121 Regionen, 136 Städte und Bezirke sowie 35 europäische Verbände, erfreuen könne. Hiermit habe man eine positive politische Debatte über die Kohäsionspolitik zur Abwehr der von der Kommission ursprünglich in Aussicht gestellten schwerwiegenden Kürzungen erreicht. Weitere Kernforderungen der Kohäsionsallianz seien ebenfalls berücksichtigt worden, darunter z. B. mehr Vereinfachung und Flexibilität in der Implementierung der Strukturfonds. Die Kohäsionsallianz stelle daher – nicht zuletzt aufgrund ihres europaweiten Zuspruchs – eine einzigartige und erstmalige Errungenschaft dar. Angesichts der aktuell beginnenden Entwurfsphasen der Programmplanung für 2021-2027 komme die Veranstaltung zu einem guten Zeitpunkt, um mit den Forderungen der Kohäsionsallianz die richtigen Weichen für die nächste Förderperiode zu stellen.

In weiteren Paneldiskussionen wurden einschlägige kohäsionspolitische Themen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, darunter die Bedeutung der Einbindung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Programmierung und Implementierung der Strukturfonds. Eine Reihe an europäischen Verbänden plädierte für eine stärkere Fokussierung der Fonds auf die größten gesellschaftlichen Herausforderungen Europas, darunter der



demografische Wandel, Digitalisierung, Bildung, Daseinsvorsorge und Klimawandel. Als Richtschnur sollten dabei die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen dienen. Um die Wirksamkeit der Politik zu erhöhen, müsse die aktuelle Komplexität durch Vereinfachung in der Projektabwicklung abgebaut werden. • *df*

Jeder Sachsen-Anhalter isst 12 belgische Pralinen pro Jahr!

Wittenberg/Halle (dpa/sa) - Jeder Sachsen-Anhalter hat voriges Jahr rein rechnerisch 12 belgische Pralinen gegessen. Das teilte das Statistische Landesamt am 10. Juli anlässlich des belgischen Königsbesuchs im Land mit. Insgesamt importierten die Belgier voriges Jahr 288 Tonnen ihrer süßen Spezialität nach Sachsen-Anhalt. Der Wert der gelieferten Pralinen belief sich laut Statistik auf 1,72 Millionen Euro. Doch die Lieferkette mit süßen Naschereien lief auch umgekehrt: Jeder der mehr als 11 Millionen Belgier konnte statistisch gesehen eine Praline aus Sachsen-Anhalt essen. In absoluten Zahlen entspricht das 164 Tonnen im Wert von 1,06 Millionen Euro.



Jahresrückblick 2019 • August

Sommerpause ☺

Jahresrückblick 2019 • September

Klimafolgenanpassung in der Landwirtschaft

Am **12. September** 2019 fand in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Brüssel die Veranstaltung „Klimafolgenanpassung in der Landwirtschaft“ statt. Die Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und Energie, Frau **Prof. Dr. Claudia Dalbert**, forderte ein Umdenken sowohl in der landwirtschaftlichen Erzeugung, als auch in der Agrarpolitik und insbesondere der Agrarförderung. Nur eine gut durchdachte Grüne Architektur der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) unterstütze die Landwirtschaft und die Politik bei der Verwirklichung der notwendigen umwelt- und klimabezogenen Ziele. Von besonderer Bedeutung seien dabei für alle Mitgliedstaaten geltende hohe Grundanforderungen bei der Ökologisierung der Direktzahlungen und der flächenbezogenen Maßnahmen der Zweiten Säule.



Dr. Frank Wechsung vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) gab einen Überblick über Klimaentwicklung und -prognosen sowie deren Folgen weltweit, für Europa und mit besonderem Fokus auf Sachsen-Anhalt. Bei aller Unsicherheit von Klimaprognosemodellen, gäbe es jedoch Signale für künftig steigende Temperaturen in Deutschland. Schwer zu prognostizieren seien dagegen Regenmenge und -häufigkeit. Wechsung empfahl u. a. ein dichteres Netz von Klimabeobachtungs – und Messstellen zu knüpfen, um Messungen in der Fläche in die Vorhersagen einbinden zu können. Berechnungsmöglichkeiten aus dem Grundwasser sollten intensiv analysiert werden.



47



Am Beispiel des internationalen Pflanzenbauzentrums der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) in Bernburg, Sachsen-Anhalt, erörterte **Hubertus Paetow**, Präsident der DLG, ökonomische und praktische Anpassungsstrategien und zog das Fazit, dass Anpassungsmöglichkeiten an die veränderten Klimabedingungen vielfältig und noch nicht ausgeschöpft seien. Allerdings sollten innovative Verfahren ermöglicht werden. Die Landwirtschaft

werde politische Unterstützung beim Anpassungsprozess benötigen.

Die Anpassung an den Klimawandel sei im Vorschlag zur zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik durch das neue Umsetzungsmodell gut verankert, erläuterte **Dr. Peter Wehrheim**, Mitglied im Kabinett von EU-Kommissar Phil Hogan. Die Vorschläge zur GAP-Reform ließen u. a. Raum für die in den jeweiligen Mitgliedstaaten geeignetsten Anpassungsmöglichkeiten. Die Überarbeitung der seit 2013 vorliegenden EU- Klimaanpassungsstrategie sei in Vorbereitung.

Der Präsident der Internationalen Bio-Landbaubewegung (IFOAM EU) und von Bioland e.V., **Jan Plagge**, vertrat die Auffassung, dass die GAP nach 2020 mehr für Umwelt, Klima und Tierschutz leisten könne, u. a. wenn die Landwirte aufhörten, scheinbare Besitzstände zu verteidigen, die Direktzahlungen zugunsten der freiwilligen Umwelt-, Klima- und Tierschutzleistungen umgebaut würden, d. h. mindestens siebzig Prozent des Agrarhaushaltes dafür verwendet würden, und die Wissenschaft zügig an neuen Honorierungsmodellen mitentwickelte. Es gehe nicht mehr um Einzelmaßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, sondern das ganze Betriebssystem müsse umgestellt werden.

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion unter Leitung von Moderatorin **Monika Hoegen** wurden die verschiedenen Sichtweisen unter Einbeziehung des Publikums vertiefend erörtert. • *ms*



Interreg-Partner des Projekts zur „Rückgewinnung von Festungsstädten“ tagen in Landesvertretung

Am **16. September** trafen sich die Partner des Interreg Europe-Projekts „Rückgewinnung von Festungsstädten“ zu einem Arbeitstreffen in der Landesvertretung Brüssel. Die Landeshauptstadt Magdeburg partizipiert gemeinsam mit Städten wie dem belgischen Antwerpen und dem griechischen Komotini an dem Projekt, dessen Träger die Region Usti in Tschechien ist. Gefördert wird es über das Interreg Europe-Programm, welches regionale und lokale Verwaltungen in ganz Europa im Zuge von interregionalen Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer bei der Entwicklung und Erzielung besserer politischer Ergebnisse unterstützt. Das Projekt wird bis 2023 laufen. Es stehen rund 1,5 Mio. EUR hierfür zur Verfügung.

48

Das Projekt „Rückgewinnung von Festungsstädten“ zielt auf eine nachhaltige Revitalisierung von denkmalgeschützten Gebäuden, indem die Koexistenz von befestigten Städten und benachbarten Festungen in städtischen Regionen verbessert werden soll. Hierbei konzentriert es sich auf einen innovativen Ansatz, indem intelligente Nutzungsmöglichkeiten für alte Festungen entwickelt werden. Ziel ist es, ihre Pflege zu erleichtern und die Festungen in das Leben der Stadt einzubeziehen, indem nachhaltige Strategien für die Pflege und Nutzung dieses Erbes entwickelt werden. Die Landeshauptstadt Magdeburg steht als ehemalige stärkste preußische Festungsstadt ebenfalls vor diesen Herausforderungen, das Stadtplanungsamt Magdeburg beteiligt sich daher an diesem Projekt. • *dw*



Das 1. Treffen der Partner in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel



Studienreise von Mitarbeitern aus Europaschulen Sachsen-Anhalts

Vom **08. bis zum 11. September** 2019 reiste eine Delegation von Leitern/innen, Stellvertretern/innen und Europakoordinatoren/innen der Europaschulen aus Sachsen-Anhalt nach Brüssel, um sich vor Ort einen Einblick in die Arbeit der EU zu verschaffen. Die Reise der Gruppe von beinahe 50 Personen wurde durch das Ministerium für Bildung ermöglicht und organisatorisch u.a. durch GoEurope unterstützt.

Da die Gruppe schon am Abend des 08. September anreiste, konnte gleich am Morgen des 09. September mit Besuch in der Europäischen Kommission begonnen werden, wo Henning Klaus vom Generalsekretariat der KOM die Institution als politische Exekutive der EU erläuterte. Danach bot Michael Teutsch, GD Bildung, Jugend, Sport und Kultur, der Gruppe einen guten Einblick in den aktuellen Stand der Entwicklungen auf dem Bildungssektor auf europäischer Ebene und stand für einen angeregten Austausch zur Verfügung. Im Anschluss besichtigte die Gruppe die Landesvertretung und wurde über Arbeitsweise und Aufgaben der Mitarbeiter der Landesvertretung informiert.

Den Nachmittag verbrachten die Teilnehmer der Studienfahrt mit Bildungsbesuchen wahlweise im Haus der Europäischen Geschichte oder dem Parlamentarium.

Am 10. September besuchte die Gruppe zunächst das Europäische Parlament, wo sie nach einem allgemeinen Vortrag zum Parlament auch auf Herrn MdEP Sven Schulze treffen durfte, der einen Einblick in seinen Alltag als MdEP gegeben hat. Nach dem europäischen Parlament suchte die Gruppe das European Schoolnet auf, das zum einen informierte, jedoch auch die Gelegenheit bot, das innovative „Future Classroom Lab“ zu besichtigen.

Die Studienreise ermöglichte den Teilnehmern einen persönlichen Einblick in das Tagesgeschehen in den Institutionen und ermöglichte einen für die eigene Arbeit als EU-Verantwortliche in den Schulen gewinnbringenden Wissenszuwachs. • cj

49

Sachsen-Anhalts Forschungsmultiplikatoren tagen in der Landesvertretung in Brüssel

Vom **16. bis zum 18. September** 2019 konnte die Landesvertretung bereits zum siebten Mal seit 2013 die EU-Forschungsreferentinnen und -referenten der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen Sachsen-Anhalts zu einem zweitägigen Informations-Workshop begrüßen, den sie gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung anbietet. Ziel der Veranstaltung war es, direkten Kontakt mit Europäischen Akteuren und einen fachlichen Austausch zu ermöglichen.

Die Vortragsreihe begann zunächst mit einem Überblick über den Entwicklungsstand des nächsten Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa (HEUR). Ein Vertreter der Kommission (KOM) erklärte, dass bedeutende interinstitutionelle Verhandlungsfortschritte erzielt worden seien, sodass hauptsächlich eine Klärung der internationalen Zusammenarbeit, der Synergien mit anderen Programmen und des Budgets offen bleibe. Bedeutsam sei aktuell der sog. Planungsprozess, der eine Partizipation der Betroffenen an der Gestaltung der Arbeitsprogramme des Forschungsrahmenprogramms nach 2020 vorsehe. Hierzu habe man eine Konsultation gestartet, deren Rückmeldefrist nun auf den 4. Oktober verlängert worden sei. Ferner sei eine Mitwirkung im Rahmen von einschlägigen Workshops im Rahmen der Forschungs- und Innovationstage ([R&I-Days](#)) vom 24.–26. September möglich.



Ein weiterer Vertreter der Generaldirektion (GD) Forschung führte zur Berücksichtigung der Gesellschafts- und Sozialwissenschaften in den EU-Forschungsrahmenprogrammen aus. Obgleich deren Partizipation aktuell noch recht niedrig sei, habe die KOM das Problem erkannt und führe ein aktives Monitoring durch, um geeignete Maßnahmen zur Beteiligungserhöhung einzuführen.

Im Anschluss schilderte ein Vertreter der Forschungsexekutivagentur der KOM den aktuellen Stand der Gestaltung des Europäischen Innovationsrates (EIC). Die im Rahmen des EIC vorgesehenen Förderinstrumente sehen auch Verbundforschungsprojekte vor und passen ihre Finanzierungsmodalitäten an die Projektstrukturen an. Im Rahmen des aktuell laufenden EIC-Piloten habe man bereits etwa 250 Förderungen vergeben.

Eine Vertreterin der GD Forschung führte sodann zur geplanten Förderlinie „Europäische Innovationsökosysteme“ im nächsten Forschungsrahmenprogramm aus. Man plane einen umfassenden, inklusiven Ansatz für die Ökosysteme, um neue und relevante Stakeholder für erfolgsträchtige Lösungsansätze für sozioökonomische Herausforderungen entwickeln zu können.

Als weiteres innovations- und praxisrelevantes Thema wurde durch eine Vertreterin des Steinbeis-Europa-Zentrums in Stuttgart (SEZ) die konkrete Umsetzung der Vanguard Initiative in Baden-Württemberg geschildert. Das Land habe die praktische Implementierung an das auch für das Enterprise Europe Network zuständige SEZ übertragen. Politische Aktivitäten – wie etwa die Interessenvertretung auf EU-Ebene – werden durch das Wirtschaftsministerium wahrgenommen. Die Struktur der Vanguard Initiative erlaube die Bottom-up-Generierung neuer Demonstrationsprojekte innerhalb der verschiedenen Piloten in Funktion der Bedürfnisse und Kompetenzen der Akteure. Es seien daher weitere Schwerpunkte im Bereich der Künstlichen Intelligenz und der Photonik geplant.

Ein Vertreter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der EU umriss sodann den Stand der interinstitutionellen Verhandlungen zum MFR und den Programmen nach 2020. Obwohl deutliche Fortschritte erzielt worden seien, gebe es noch einige Themenfelder, die verhandelt werden müssen. Aktuell konzentriere man sich auf die Ermöglichung von Synergien zwischen den Forschungsrahmenprogramm und anderen EU-Programmen. Die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 werde sich insbesondere auf die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums konzentrieren. Obgleich man hinsichtlich der neuen vorgeschlagenen Kommissarin für Innovation und Jugend sich nicht über die Bezeichnung freue, bewerte die Besetzung aber durchaus als positiv, da Mariya Gabriel ein Ruf der Durchsetzungsstärke und der Europaaffinität vorauseile.

Zuletzt führte eine Vertreterin des UK Research Office in Brüssel zu den bestehenden und zukünftigen Kooperationsmöglichkeiten zwischen britischen und europäischen Partnern auf Basis der aktuellen Rechtsgrundlagen und Ankündigungen der britischen Regierung aus. Das von der ehemaligen Premierministerin Theresa May verhandelte Austrittsabkommen sehe im Falle einer Ratifizierung die volle Partizipation von britischen Akteuren bis Ende 2020 an allen Programmen vor. Das britische Wissenschaftsministerium habe zudem in Absprache mit dem Finanzressort versprochen, dass man alle bis zum Austritt gestellten H2020-Anträge finanziell abdecken und danach die volle Partizipation an allen für Drittstaaten offenen EU-Programmen ermöglichen werde.

Aufgrund der fachlichen Vortragsbreite und der positiven Rückmeldungen der Teilnehmer kann die Veranstaltung als gelungen betrachtet werden. Vorgesehen ist daher eine Folgeveranstaltung im Jahre 2020. • df



Seminarreise im Rahmen der Führungskräftequalifizierung „Europa und Internationales“

Als 5. Modul der Fortbildungsmaßnahme „Europa und Internationales“, organisiert durch das strategische qualitative Personalmanagement der Staatskanzlei, stand in der vergangenen Woche eine Seminarreise nach Luxemburg und Straßburg an.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die schon verschiedene Module und Seminarreisen, u.a. nach Berlin und Brüssel und größtenteils auch bereits Kurzhospitanzen in der Landesvertretung absolviert haben, reisten am Montag, den **23. September** nach Luxemburg. Bereits am Anreisetag besuchten sie den Europäischen Rechnungshof, wo sie über dessen Status, seine Funktionsweise und seine Organisation informiert wurden.

Der zweite Tag der Reise war geprägt durch den Besuch in verschiedenen Einrichtungen/Institutionen. Den Auftakt machte dabei ein Termin im Ministerium für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten des Großherzogtums Luxemburg, wo die



Gruppe von Botschafter Jean-Louis Thill, Abteilungsleiter für europäische Angelegenheiten und internationale Wirtschaftsbeziehungen empfangen wurde. Sein Stellvertreter, Frédéric Schwandt, hat der Gruppe Einblicke in die Verwaltungsstruktur und die politischen Schwerpunkte der Regierung des Großherzogtums und in die deutsch-luxemburgische Zusammenarbeit auf EU-Ebene

gewährt. Dabei stellten die Teilnehmenden beeindruckt fest, wie effizient das verhältnismäßig kleine Land, mit nur gut 600.000 Einwohnern, mit Professionalität und ausgesprochen zielgerichtet und innovativ seine Schwerpunkte und Strategien verfolgt.

Am Nachmittag besuchte die Gruppe das Statistische Amt der Europäischen Union, kurz Eurostat und die Europäische Investitionsbank.

Am dritten Tag reiste die Gruppe in das nahe gelegene Straßburg, um sich einen Eindruck von der Arbeit beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und im Büro der Europäischen Ombudsfrau zu verschaffen. Außerdem stand ein Besuch bei dem deutsch-französischen Kooperationssender ARTE auf dem Programm.

Vor der Rückreise am 26. September erlebte die Gruppe einen weiteren Höhepunkt der Reise mit einem Besuch beim Europäischen Gerichtshof. Dabei bot sich zum einen die Gelegenheit, das architektonisch bemerkenswerte Gebäudeensemble des Gerichtshofs zu besichtigen. Zum anderen erhielt die Gruppe die Möglichkeit, einer Verhandlung des EuGH beizuwohnen und Europa noch einmal hautnah erleben zu dürfen. Mit einem Abschlusstermin mit der deutschen Generalanwältin beim EuGH Frau Prof. Dr. Juliane Kokott hatte die Reise einen krönenden Abschluss.

Der besondere Dank aller Teilnehmenden gilt der Vielzahl an Referenten und Gesprächspartnern, die es ermöglicht haben, einen intensiven und vielfältigen Blick in verschiedenste Einrichtungen und das Arbeiten auf der Europäischen Ebene zu erhalten, der einzigartig war. • cj

Jahresrückblick 2019 • Oktober

Empfang zum Tag der deutschen Einheit in der Landesvertretung

Am Abend des **2. Oktober 2019** lud die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beim Königreich Belgien gemeinsam mit den Büros der sechzehn Bundesländer – in diesem Jahr



unter Federführung des Freistaates Bayern – zur Feier des Tages der Deutschen Einheit 2019 in die Räumlichkeiten der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt ein.

Botschafter Martin Kotthaus betonte die sehr guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten und bezeichnete sein erstes Jahr als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Königreich Belgien rückblickend als ein intensives und ereignisreiches Jahr. Als besondere Highlights hob er

die Reisen des belgischen Königspaares nach Deutschland hervor, von denen eine nach Wittenberg, Dessau und Leuna in Sachsen-Anhalt ging. Mit Blick auf die Zukunft sprach er über die im zweiten Halbjahr 2020 bevorstehende deutsche Ratspräsidentschaft und seine Hoffnung, dass diese Europa näher zusammen bringen möge.

Oliver Paasch, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, erinnerte in seiner Rede u. a. an die schwere Vergangenheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Osten Belgiens. Besonders während der beiden Weltkriege seien ihre Einwohner Anfeindungen ausgesetzt gewesen und erst seit den 1960er Jahren gelte Deutsch offiziell als eine der belgischen Amtssprachen.

Heutzutage, so Paasch, erfülle die Deutschsprachige Gemeinschaft eine Art Brückenfunktion zwischen Belgien und Deutschland. Er betonte die große Errungenschaft der deutschen



Einheit. Diese sei nicht nur ein Friedensprojekt sondern auch wirtschaftlich erfolgreich, wie er sich in Begleitung des belgischen Königspaares bei dessen Besuch in Sachsen-Anhalt und



Thüringen überzeugen konnte. Ohne die bereits vor 30 Jahren zunehmend tiefer greifende europäische Integration wäre dieser Schritt seiner Auffassung nach jedoch nicht möglich gewesen. Umso wichtiger sei es daher, den momentan erstarkenden Feinden der Europäischen Union Einheit zu gebieten.

Für den Freistaat Bayern begrüßte Dr. Thomas Gruber, Bayerische Staatskanzlei, die Gäste und verwies insbesondere auf das diesjährige Bauhausjubiläum

Musikalisch unterhalten wurden die mehreren hundert Gäste aus verschiedensten Gesellschaftsbereichen vom Bayerischen Polizeiorchester, welches neben den Hymnen Deutschlands, Belgiens und der Europäischen Union mit einer vielfältigen Auswahl an Titeln zu beeindrucken wusste. • *jk*

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://bruessel.diplo.de/>

<http://www.dg.be>

<https://www.bayern.de/staatsregierung/bayern-in-europa/>

Euro-Club-Harz besucht Landesvertretung

Unter Leitung des ehemaligen Abgeordneten im Europäischen Parlament und Vorsitzenden des Euro-Club-Harz e. V., Herrn Dr. Horst Schnellhardt, besuchten rund 50 Gäste für drei Tage die Stadt Brüssel. Zunächst stand nach einer Stadtrundfahrt der Besuch im Europäischen



Parlament an. Dort wurde die Diskussion über europapolitische Themen in Gesprächen mit deutschen Abgeordneten, darunter David McAllister (EVP), geführt. Zudem erhielten die Besucher Informationen über die Funktionsweise des Europäischen Parlaments. Danach ging es weiter in die Landesvertretung von Sachsen-Anhalt. Die Gäste besichtigten die

geschichtlich und architektonisch interessante Liegenschaft und erhielten einen Einblick in Aufgaben und Arbeitsweise der Landesvertretung.

Als Vorsitzender des Euro-Club-Harz e.V. setzt sich Dr. Horst Schnellhardt, der für sein europäisches Engagement dieses Jahr die Ehrennadel des Landes-Sachsen-Anhalt erhielt, seit der Vereinsgründung vor fünf Jahren für die Verbreitung des Europagedankens im Land ein. So organisiert der ehemalige Europa-Abgeordnete regelmäßig Studienfahrten zu den Institutionen der EU, Diskussionsveranstaltungen mit Teilnehmern aus Politik und Wissenschaft sowie kulturelle Veranstaltungen vor Ort, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern Europa näher zu bringen. In den Jahren zuvor führten die Fahrten des Euro-Club-Harz bereits nach Luxemburg und Straßburg. • *dw*



Europäische Woche der Regionen und Städte - Feierliche Eröffnung und Debatte zu den Themen Solidarität, Nachhaltigkeit und Bürgernähe

Am **7. Oktober** wurde die 17. Europäische Woche der Regionen und Städte feierlich von hohen Vertretern der Europäischen Institutionen in Brüssel eröffnet, darunter **Klára Dobrev**, die für die Beziehungen zum Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) zuständige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. In einer Debatte zum Thema „Die Regionen und Städte: Grundpfeiler für die Zukunft der EU“ führten drei junge KommunalpolitikerInnen aus, wie sie sich vor Ort für Solidarität, Nachhaltigkeit und Bürgernähe einsetzen. **Elżbieta Bieńkowska**, für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission (KOM), lobte die AdR-Initiative „Regional Hubs“ – eine Plattform, die lokale und regionale Akteure durch Konsultationen zur Umsetzung von EU-Gesetzgebungen einbezieht. **Karl-Heinz Lambertz**, Präsident des AdR, forderte im Rahmen der aktiven Subsidiarität dazu auf, lokale und regionale Gebietskörperschaften in die EU-Gesetzgebungsprozesse miteinzubeziehen. Sachsen-Anhalt wurde von **Herrn Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR vertreten. • sv

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse REGI (EP) und COTER (AdR) im Ausschuss der Regionen

Im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte (EWRC) fand **am 8. Oktober** eine gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlamentes (EP) und von der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) des Ausschusses der Regionen (AdR) statt. Ziel der Veranstaltung war es, sich zum Stand der Verhandlungen über die künftige Kohäsionspolitik über das Jahr 2020 hinaus gemeinsam mit **Johannes Hahn**, dem für Regionalpolitik zuständigen Mitglied der Europäischen Kommission, auszutauschen. Johannes Hahn hofft auf ein zügiges Vorgehen nachdem die Trilogie nun wieder angelaufen seien. Als zukünftiger Haushaltskommissar rief er die Vertreter von EP und AdR auf, in ihren Regionen und Mitgliedstaaten Druck auszuüben, um den Rat zu beschleunigten Verhandlungen während der finnischen Ratspräsidentschaft zu bewegen.

In seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR und als Berichterstatter der AdR-Stellungnahme zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020, forderte **Herr Staatssekretär Dr. Michael Schneider** die Europäische Kommission (KOM) und EP dazu auf, ehrgeizig zu sein und weiter Verwaltungsaufwand und Kontrolldichte zu reduzieren. Die Taskforce Subsidiarität biete in ihrem [Abschlussbericht](#) konkrete Vereinfachungen an. • sv



Ausschuss der Regionen – 136. Plenartagung vom 7. bis 9. Oktober 2019 in Brüssel

Vom 7. bis 9. Oktober 2019 fand die 136. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel statt.

Die Sitzung begann mit einer Debatte über die Regionalentwicklungspolitik nach 2020.



Younous Omarjee (FR/GUE/NGL), Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) des EP warb für das Alleinstellungsmerkmal der Regionalpolitik: Die Kohäsionspolitik dürfe nicht für andere Politiken, wie das Europäische Semester oder das Finanzinstrumentensystem, geopfert werden. Im Gegenteil – alle Politiken sollten der Kohäsionspolitik dienen, die dem Bürger zugutekomme. In der Debatte begrüßte **Herr**

Staatssekretär Dr. Michael Schneider in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR den Redner. Er freue sich auf eine gute Zusammenarbeit beider Ausschüsse. Zudem betonte er seine Unterstützung für den „Just Transition Fund“. Jedoch müsse jede neue Priorität mit frischem Geld ausgestattet werden und nicht auf Kosten anderer Fördermitteln finanziert werden.

Anschließend debattierte **Günther H. Oettinger**, für Haushalt und Personal zuständiges Kommissionsmitglied, mit den AdR-Mitgliedern über die Entwicklungen in den interinstitutionellen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Er hoffe auf eine vorläufige Einigung bei allen 18 Programmen bis Ende November. Im Oktober-Rat der nächsten Woche werde der MFR auf der Tagesordnung stehen. Er bat die AdR-Mitglieder, ihre nationalen Regierungen zu überzeugen eine rasche Einigung anzustreben. Sollte es 2019 keine Einigung geben, könne es Finanzierungslücken in 2021 geben zu einem Zeitpunkt, in dem eine wirtschaftliche Stagnation drohe.

Herr Staatssekretär Dr. Michael Schneider bedankte sich für das starke Engagement des Kommissars im AdR in den letzten Jahren. Er unterstütze seinen ehrgeizigen Zeitplan zu den MFR-Verhandlungen. Eine verspätete Annahme habe bereits in der laufenden Finanzierungsperiode zu schwerwiegenden Folgen, wie einer geringen Absorptionsquote, geführt. Lokale und regionale Gebietskörperschaften brauchten Planungssicherheit. Im Anschluss wurde eine Entschließung zu den Entwicklungen in den interinstitutionellen Verhandlungen über den MFR 2021-2027 verabschiedet.

Insgesamt standen 16 Stellungnahmen und zwei Entschließung zur Verabschiedung auf der Tagesordnung. • sv

Foto: AdR

Europäische Woche der Regionen und Städte 2019: Workshop zu Regionalen Innovationsökosystemen in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt



Die Europäische Woche der Regionen und Städte (EWRC) vom 7.–10. Oktober 2019 bietet Städten und Regionen die Chance u. a. ihre Innovationsstrategien zu präsentieren und sich über Projekte auszutauschen. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe fand **am 8. Oktober** in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt ein Workshop zum Thema „The role of regional innovation ecosystems in the future of the EU“ statt. In Kooperation mit

fünf Partnerregionen, dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Sachsen-Anhalts und dem ERRIN-Netzwerk organisierte die Landesvertretung dieses Seminar, um regionale Maßnahmen zur Förderung der Innovation und intelligenten Spezialisierung darzustellen. Ziel war es, die mit der Spezialisierung einhergehende Diversität der regionalen Innovationssysteme zu verdeutlichen, um den Teilnehmern wertvolle Impulse für die Gestaltung einschlägiger Förderprogramme mitzugeben.

Die Moderatorin Pirita Lindholm (ERRIN) umriss zunächst aktuelle Entwicklungen im Bereich der Innovationssysteme. Begrüßenswert sei, dass die Kommission im Forschungsprogramm nach 2020 ein Instrument zur Verbindung der Innovationsökosysteme Europas eingerichtet habe. Man müsse zugleich bedeutende regionale Unterschiede im Sinne eines Bottom-up-



Ansatzes auch zur Förderung von Synergien berücksichtigen.

Dr. Marcin Wajda (Mazowien, PL) skizzierte die Entwicklungen in der intelligenten Spezialisierung der Region. Man begreife die Innovationsstrategie als Grundlage, um anhand des unternehmerischen Entdeckungsprozesses wirtschaftliche Strukturen zu stärken und hiermit Entwicklungsunterschiede abzubauen.

André Mangelsdorf (Ministerium für

Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt) betonte, dass die Stärkung von regionalen Innovationssystemen über entsprechende Governance-Strukturen einer laufenden Verfeinerung unterliege. In Sachsen-Anhalt sei man daher systematisch vorgegangen und habe strategische Leitmärkte herausgearbeitet, um relevante Akteure zusammenzubringen und innovative Kooperationen zu ermöglichen.

Jana Hadravova (Vysocina, CZ) stellte das innovationsfokussierte Bildungsprogramm in den Schulen der Region dar. Mit Strukturfondsmitteln fördere man die praktische Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt und die kreative Innovationsfähigkeit der Jugend.

Andreu Iranzo (Valencia, ES) schilderte die Umsetzung innovativer Finanzinstrumente zur Förderung der Sozialwirtschaft. Man habe insbesondere mit Mikrodarlehen und Wagniskapital positive Erfahrungen im KMU-Bereich gemacht.

Dr. Delyth Morgan (Wales, UK) umriss die Investitionen der Region in Forschung und Innovation zur Erhöhung der Partizipation walisischer Wissenschaftler an EU-Programmen und der Attraktivität für externe Forschende. Den Ausbau regionaler Kapazitäten wolle man nach Brexit anhand von Eigenmitteln fortsetzen.



Marcel Teunissen (Achterhoek, NL) stellte das grenzüberschreitende „Grenzhoppers“-Projekt zur Vernetzung der Regionen Achterhoek und Borken in Deutschland vor. Man habe die Zusammenarbeit u.a. durch Arbeitsgruppen in den Bereichen Industrie 4.0 und Robotik gestärkt und eine Business School eingerichtet. Insgesamt stieß die Veranstaltung auf reges Interesse der rund 90 Teilnehmer,

die sich aktiv an der Diskussion und den Vernetzungsmöglichkeiten beteiligten.

Für weitere Informationen: sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de. • df

Fotos: LV Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt bei der Konferenz der Automotive Intergroup im Ausschuss der Regionen vertreten

Am **8. Oktober** veranstaltete die Automotive Intergroup des Ausschusses der Regionen (AdR) unter dem Vorsitz der österreichischen Steiermark eine Konferenz zur Zukunft des autonomen Fahrens. Ziel der Veranstaltung war der Austausch von Erfahrungswerten und Best Practices auf regionaler Ebene, um Empfehlungen an die durch die GD Grow vertretene Europäische Kommission (KOM) zu richten. Sachsen-Anhalt wurde dabei von **Staatssekretär Dr. Jürgen Ude** des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (MWWD) des Landes Sachsen-Anhalt vertreten.



Im ersten Abschnitt wurden vor allem die Herausforderungen im Bereich der Mobilität und des autonomen Fahrens hervorgehoben. So sei das Ökosystem des Autonomen Fahrens sehr komplex, da es u.a. ein Zusammenspiel von Technik, Medien, Regulierung und Versicherern voraussetze. Eine Reihe an regionalen Cluster- und Forschungseinrichtungen aus Baden-Württemberg, Schweden, Spanien und Ungarn stellte ihre jeweiligen Lösungsansätze und Testeinrichtungen vor.

Insbesondere wurde betont, dass die internationale Vernetzung und Kooperation zur Schaffung kritischer Investitionsmassen und zur Erschließung neuen Wissens unabdingbar sei.

Eine Vertreterin der KOM umriss im Anschluss einschlägige Aktivitäten im Automobil- und Mobilitätsbereich. Auf Basis einer EU-Vision für 2030 werde man Schlüsseltechnologien und Infrastrukturen fördern, um die EU im globalen Wettbewerb voranzubringen. Man werde zudem die Sicherheit priorisieren und soziale Aspekte wie Arbeitsplätze oder Ethik angehen. Elementar für die Weiterentwicklung des autonomen Fahrens sei allerdings die globale Kooperation, um allgemeine Standards festzulegen.

Herr StS Dr. Ude unterstrich insbesondere die Bedeutung der intelligenten Spezialisierung auf regionale Stärken. Nur hiermit könne man sinnvoll europaweite Wertschöpfungsketten aufbauen und ressourcenverschwendende Investitionsdopplungen vermeiden. Diese Vorgehensweise erlaube auch kleineren und mittleren Unternehmen, Elemente dieser Ketten mit hohem Wertschöpfungspotenzial zu erschließen. In Sachsen-Anhalt werde ein entsprechendes strategisches Vorgehen durch die Tatsache vereinfacht, dass das MWWD alle für das autonome Fahren relevanten Bereiche in einem Ressort vereine. • *df*

Ministerpräsident Dr. Haseloff spricht auf hochrangiger Kohlekonferenz



Am Mittwoch, den **9. Oktober**, nahm Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff in Brüssel als Sprecher an einer hochrangigen Kohlekonferenz des Ausschuss der Regionen teil. Er warb in seiner Rede für bessere europäische Rahmenbedingungen, um den Strukturwandel nachhaltig, erfolgreich und sozialverträglich zu gestalten. Der Kohleausstieg bringe erhebliche Veränderungen für Bürger und Unternehmen in den Revieren mit sich, verbunden mit Sorgen über steigende Energiekosten und mögliche Arbeitsplatzverluste. Es sei unser aller Verantwortung, neue Perspektiven zu

58



schaffen. Andernfalls drohten Abwanderung und der Wegfall von Kaufkraft und Wertschöpfungsketten.



Der Kohleausstieg Deutschlands ordne sich ein in die europäische und globale Klimapolitik, womit es auch im ureigenen Interesse der EU sei, dieses nationale Engagement zu unterstützen, so Haseloff. Die Bereitstellung geeigneter Förderinstrumente und weiterer Maßnahmen seitens der EU sei daher folgerichtig. Haseloff appellierte an die



Zusammenarbeit aller 41 europäischen Kohleregionen, um etwa im Beihilferegime Änderungen zu erzielen. Ebenso sei zusätzliches Geld für die Kohleregionen im nächsten EU-Haushalt notwendig. Er unterstützte dabei die Ankündigung der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, einen Fonds für den fairen Übergang einzurichten. Wichtig sei aber, dass die Mittel dezentral in den Regionen vergeben würden und nicht bei anderen Programmen gekürzt werde. Neben dem Ministerpräsidenten sprachen zudem EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger und hochrangige Vertreter aus Kohleländern wie Polen, Rumänien oder Spanien.

59

In Brüssel erreichte den Ministerpräsidenten die schreckliche Nachricht vom Anschlag auf eine Synagoge in Halle/Saale. Es fand noch während der Kohlekonferenz eine Schweigeminute für die Opfer statt. Angesichts der Ereignisse verkürzte Haseloff sein Besuchsprogramm und kehrte umgehend nach Deutschland zurück. • *dw*
Fotos: AdR und DW

Nico and the Navigators – Verrat der Bilder-trahision des images - Augmented Reality Performance zum 100- Jährigen Bauhaus- Jubiläum



Am **10. Oktober** 2019 präsentierte das Ensemble Nico and the Navigators drei Augmented-Reality-Vorstellungen des Stückes „Verrat der Bilder – Trahision des images“ in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU. Rund 60 Gäste konnten sich in drei verschiedenen Performances zum 100-Jährigen Jubiläum des Bauhaus von der

60

außergewöhnlichen Inszenierung des Stückes mit speziellen Magic Leap-Brillen beeindrucken lassen.

Durch diese hochmodernen „Augmented- Reality-Brillen“, die für das optimale Erleben der Inszenierung individuell angepasst wurden, wurde der Blick unserer Gäste gebrochen, gedoppelt oder getäuscht. Mit Hilfe dieser bahnbrechenden Technologie, welche zum ersten Mal in Europa für ein Kunstprojekt eingesetzt wurde, konnte das Ensemble die Wirklichkeit der Gäste erweitern und gestalten.

Die Vorstellung, die die Architektur des Bauhaus-Stils auf eine andere Ebene brachte, bezog außerdem die von Walter Gropius geprägte Formel „Kunst und Technik – eine neue Einheit“ von 1923 in ein künstlerisches Zusammenspiel mit ein. Gleichzeitig wurde im Kontext des Stückes auf die politischen Verwerfungen der Weimarer Republik eingegangen, sowie auf die Geschehnisse des Nationalsozialismus. Dabei klärt die Inszenierung u.a. über weitverbreitete Irrtümer zum Bauhaus auf und gibt Einblicke in bisher weniger bekannte Fakten der Bauhaus-Jahre in Weimar und Dessau. Es wurden Themen wie die ästhetische Reduktion und die



Normierung des Lebens behandelt und zudem Fragen über den Wandel der Kunst und Körper-Konzepte besprochen.

Dies steht im Einklang mit der Tradition der Vertreter des Bauhauses, die sich neuer Medien mit Begeisterung bedienten. • *ra Fotos: sn*

Junge Europäische Föderalisten zu Gast in der Landesvertretung Brüssel



Am **10. Oktober** empfing die Landesvertretung die Gruppe der Jungen Europäischen Föderalisten, die aus ganz Sachsen-Anhalt nach Brüssel gekommen waren, für einen Informationsbesuch. Die Gruppe wurde über das Bauhaus-Gebäude, die Geschichte der Landesvertretung und die Arbeitsweise der Landesvertretung informiert und erhielt im Anschluss daran einen aktuellen Stand der derzeitigen Entwicklung

der europäischen Politik und der Neubildung der Institutionen.

Es wurden Anhörungen der designierten Kandidaten für die neue EU-Kommission wie auch der Ernennungsprozess selbst und die inhaltlich künftig zu erwartenden

Regelungsgegenstände thematisiert. Die Gruppe interessierte sich dafür, wie konkret die



Landesvertretung Gesetzgebungsprozesse mit begleitet und inwiefern es Einflussmöglichkeiten aus den Bundesländern heraus für die Bereiche Justiz und Inneres gibt. Diese wurden vom Dialog auf verschiedenen politischen und Arbeits-Ebenen sowie auf informatorischer oder institutioneller Ebene – wie dem Länderbeobachter und der Teilnahme an Ratsarbeitsgruppen - dargestellt und diskutiert.

Die für die fachlichen Bereiche eingesetzte Praktikantin berichtete von ihren praktischen Erfahrungen, insbesondere aus den jüngsten Ausschusssitzungen im Europäischen Parlament. Der Empfang in der Landesvertretung rundete einen mehrtägigen Besuch der Gruppe bei den Europäischen Institutionen ab. • *ml Fotos: ra*

„Europäische Schwellenregionen – Veranstaltung zur Auswirkung von Pilotprojekten“

Bei der Veranstaltung „Europäische Schwellenregionen – Veranstaltung zur Auswirkung von Pilotprojekten“ am **11. Oktober 2019** in der Portugiesischen ständigen Vertretung bei der EU, stellten verschiedene Regionen und Netzwerke Projekte zum Infrastruktur- und Demographiewandel vor. Dr. David Fenner berichtete von der Teilnahme Sachsens-Anhalts im Forschungs- und Innovationsnetzwerk der europäischen Regionen (ERRIN Network) ([Link](#)) sowie im „Demographic Change Regions Network“ (DCRN) ([Link](#)). Durch die Teilnahme an

ERRIN und dem DCRN, kann sich Sachsen-Anhalt über Angelegenheiten wie Demographiewandel, Bioökonomie oder auch Innovationen mit anderen betroffenen Regionen austauschen. • *ds*

Besuch von Auszubildenden der Stadt Bitterfeld-Wolfen in der Landesvertretung

Am **15. Oktober 2019** traf eine Gruppe von Auszubildenden der Stadt Bitterfeld-Wolfen mit ihrer Betreuerin zu einem Informationsbesuch in Brüssel ein. Die Exkursion begann mit einem



Besuch in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt, wo die Auszubildenden im dritten Lehrjahr im Beruf Verwaltungsfachangestellte/r eine Einführung in die Strukturen der Europäischen Union sowie in die Aufgaben und die Liegenschaft der Landesvertretung erhielten. Auf besonderes Interesse der Besucher stieß die Information über europäische Austauschmöglichkeiten, die das Förderprogramm ERASMUS+ bietet. Zu den weiteren Stationen des Aufenthaltes in Brüssel zählen ein Treffen mit den Abgeordneten des

Europäischen Parlaments, Martina Michels und Sven Schulze, ein Gespräch mit dem Europabüro des Deutschen Städtetages sowie der Besuch im Ausschuss der Regionen. Weiterführende Informationen zum ERASMUS+-Programm sind u. a. [hier](#) zu finden. • *ms*
Foto: jk

62

„Innerdeutsche Grenzöffnung – 30 Jahre danach“



30 Jahre nach dem Fall der Mauer beleuchtet auch die Landesvertretung Brüssel natürlich das „Damals“ und den Stand heute. Zu diesem Zweck wurde am **22. Oktober 2019** gemeinsam mit dem European Network Deutsch und dem Goethe Institut zu einem Gesprächskreis in die Räumlichkeiten der Europäischen Kommission eingeladen. Als Zeitzeuge war Herr Michael Viebig, Leiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE in Halle (Saale), angereist.



Herr Viebig berichtete über seine Jugend und sein Leben vor dem Mauerfall, wie er den Mauerfall persönlich erlebte und betonte, wie wichtig auch für seine Arbeit als Gedenkstättenleiter die Zusammenarbeit mit Zeitzeugen ist. Während des Gesprächskreises konnten neben Gästen aus verschiedenen europäischen Ländern auch Schüler der Internationalen Deutschen Schule Brüssel wichtig Informationen für ihre Arbeit in



Schülerprojekten aus Herrn Viebigs Berichten aus seinem Leben und aus der darauffolgenden angeregten Diskussion entnehmen. Ob ihm sein Studium zum Historiker – welches er nur nach Absolvierung des Wehrdienstes antreten durfte – in der BRD ebenso einfach möglich gewesen wäre, bezweifelte er. Im Osten sei er vom Staat ausreichend versorgt gewesen, trotzdem tue er sich schwer mit Aussagen wie „damals war nicht alles

schlecht“. Die Deutsche Demokratische Republik bezeichnete Herr Viebig als eine Scheinwelt. Mit systemkonformen Verhalten hätte man dort ein sozial abgesichertes Leben führen können, kritische Fragen durfte man jedoch nicht stellen.

Der Mauerfall am 09. November 1989 war für Michael Viebig wie für viele der anwesenden Gäste ein prägender Moment. Im Gespräch zeigten sich die Teilnehmer sehr interessiert an seiner persönlichen Wahrnehmung der Ereignisse. Zum Ende der Diskussionsrunde wurde ein Bogen zur Gegenwart gespannt und auf die heutige Lage in Ostdeutschland eingegangen. Zwar sei die Geschichte der DDR und des Mauerfalls heute mehr ein Teil der gesamtdeutschen Geschichte als noch vor 30 Jahren, dennoch gebe es im Osten Deutschlands noch immer Menschen, deren Biographien nach der Wiedervereinigung nachhaltige Brüche erlebt hätten, was für Parteien wie die AfD einen Nährboden bieten würde. Unter den Anwesenden herrschte der Konsens, dass für die Demokratie gestern wie heute gekämpft werden müsse und dass Gedenkstätten einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, nachfolgenden Generationen sowohl den Wert, als auch die Zerbrechlichkeit von Demokratie zu vermitteln. •jk

WiFi4EU - Die EU finanziert kostenlose Internet-Hotspots in über 140 deutschen Gemeinden

Von Aichach in Bayern bis **Zörbig in Sachsen-Anhalt**: In 142 Gemeinden in Deutschland finanziert die EU kostenlose Internet-Hotspots. Bei dem dritten Aufruf der EU-Kommission für



kostenlose drahtlose Internet-Hotspots, der im September 2019 stattfand, haben sich rund 11.000 Gemeinden aus der ganzen EU beworben. Als Ergebnis dieser dritten Runde erhalten 1.700 Gemeinden in der EU Gutscheine im Wert von je 15.000 Euro.

Für diese Aufforderung zum Aufbau kostenloser Wi-Fi-Netze im öffentlichen Raum, einschließlich Rathäuser, öffentliche Bibliotheken, Museen, öffentliche Parks oder Plätze, standen insgesamt 26,7 Mio. Euro zur Verfügung.

Neben Zörbig haben in Sachsen-Anhalt Borne, die Stadt Coswig (Anhalt) und Wetterzeube einen Zuschlag erhalten.



In den beiden vorangegangenen Aufrufen erhielten 6.200 Gemeinden Gutscheine, die mit 42 Mio. Euro für die erste Aufforderung (2.800 Gewinner, davon rund 220 deutsche Gemeinden) und 51 Mio. Euro für die zweite Aufforderung (3.400 Gewinner, davon rund 500 deutsche Gemeinden) ausgestattet waren.

Die nächste WiFi4EU-Aufforderung wird vor Ende 2020 veröffentlicht. Die Kommission wählt die Kommunen nach dem Prinzip „first-come, first-served“ aus und sorgt gleichzeitig für ein ausgewogenes geografisches Gleichgewicht. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Vollständige Pressemitteilung](#)

[Pressemitteilung zum dritten Aufruf](#)

[Ergebnisse des ersten Aufrufs](#)

[Ergebnisse des zweiten Aufrufs](#)

[Detaillierte Ergebnisse aller Länder](#)

[Liste der deutschen Gemeinden](#)

[Online-Portal zu Wifi4EU](#)

Jahresrückblick 2019 • November

Veranstaltung zum Thema Algen – innovative Ansätze aus Sachsen-Anhalt



Am 5. November fand in der Landesvertretung Brüssel eine Veranstaltung unter dem Titel „Algen – Nachhaltige Biomasseerzeugung für eine grüne Wirtschaft und die Zukunft der Ernährung in Europa – Innovationen aus Sachsen-Anhalt“ statt. Eingeladen dazu hatten das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie die EU-Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt.

Dr. Jürgen Ude, Wirtschafts-Staatssekretär, betonte in seinem Grußwort die herausragende Bedeutung Sachsens-Anhalts als Algenstandort. Seit mehr als 20 Jahren würden dort Mikroalgen im industriellen Maßstab angebaut, neue Anlagentechnologien erforscht, Forschung betrieben und Produkte entwickelt. In Klötze in der Altmark stehe die erste deutsche Algenfarm, die bis heute zu den größten Europas zähle. Ebenso fänden sich nicht viele wissenschaftliche Einrichtungen, die über ein solches Renommee in der Algenforschung verfügten wie die Hochschule Anhalt. Als deren Vertreterin präsentierte Frau Prof. Dr. Carola Griehl dem Publikum den aktuellen Stand der Algenforschung.

65

Jörg Ullmann, Geschäftsführer der Roquette Klötze GmbH & Co. KG, gab einen Überblick über seine 20-jährige Erfahrung in der Mikroalgenproduktion am Standort Klötze. In Photobioreaktoren – Glasröhrensystemen mit insgesamt 500 Kilometern Länge – würden dort unter Gewächshausdächern Mikroalgen für Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel und Kosmetika hergestellt. Die Anwenderseite wurde repräsentiert durch Kirstin Knufmann, Gründerin der Pure Raw Knufmann GmbH, sowie Eskil Puhl, Geschäftsführer der Whapow Deutschland GmbH. Beide gaben Einblicke in die umfangreiche Algen-Produktpalette und stellten innovative Produktentwicklungs- und Vermarktungsstrategien vor.



Die EU-Kommission war vertreten durch drei ihrer Dienststellen mit den Generaldirektionen Maritime Angelegenheiten und Fischerei (kurz: GD MARE), Forschung und Innovation (GD RTD) und Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (GD SANTE). Bernhard Friess, kommissarischer Generaldirektor der DG MARE, lobte die Ausrichtung der Veranstaltung, die zu einem günstigen Zeitpunkt stattfindet, da die EU-Kommission

derzeit an ihrer Strategie des „Grünen Deals“ arbeite, in der auch Algen eine zentrale Rolle

spielen würden. Miguel Lizaso aus der GD RTD gab danach einen Ausblick auf das neue Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ im Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021-2027. Während der siebenjährigen Laufzeit des Programms sollen rund 100 Milliarden Euro für Forschung und Innovation in der EU zur Verfügung stehen, von denen auch die Algenbranche profitieren werde. Takis Daskaleros (GD SANTE) gab einen Überblick über die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen für Algenprodukte, die unter die sogenannte Novel Food-Verordnung fielen. Novel Food oder "neuartige Lebensmittel" seien alle Lebensmittel, die in der EU vor dem 15. Mai 1997 nicht in nennenswertem Umfang im Handel waren oder verzehrt wurden und einer in der Novel-Food-Verordnung genannten Lebensmittelkategorie zugeordnet werden könnten.

Die Verkostung der zahlreiche Algen-Gerichte im Anschluss an die Veranstaltung erfreute sich großer Beliebtheit beim Publikum. • *dw*

„Kunstmuseum Moritzburg - Die Burg der Moderne“ und „Bauhaus Spirit – vom Bauen der Zukunft“



Zum Ausklang des Bauhaus-Jubiläumjahres fand **am 6. November** wieder eine vielseitige Veranstaltung in der Landesvertretung statt. Zum einen wurde das Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale) präsentiert und zum anderen der Film „Bauhaus Spirit- Vom Bauen der Zukunft“ gezeigt. Die rund 120 Gäste durften Herrn Thomas Bauer-Friedrich, dem Direktor des Museums, lauschen, der die nicht immer einfache Geschichte des Museums skizzierte. Die Moritzburg, eine Mischung zwischen Burg und Schloss, beherbergt seit 1904 das Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale). Der Erweiterungsbau, der 2008 eröffnet wurde, kombiniert die Baukunst vergangener Epochen mit architektonischen Visionen des 21. Jahrhunderts. Der Bau ist schon durch diese architektonische Leistung (von außen eher mittelalterliche Burg, von innen ein modernes, funktionales Kunstmuseum) einen Besuch wert. Nach einer sehr erfolgreichen Sonderausstellung zu Gustav Klimt im letzten Jahr, ist momentan die Ausstellung „Das Comeback“ in der Moritzburg zu besichtigen. Sie kombiniert bekannte Meisterwerke aus internationalen Sammlungen mit bislang selten oder noch gar nicht gezeigten Werken. Die Sammlung des Kunstmuseums Moritzburg galt bis 1933 als eine der führenden in Deutschland für zeitgenössische Kunst. Im Rahmen der Aktion „entartete Kunst“ der Nationalsozialisten im Sommer 1937 wurden 147



Werke beschlagnahmt. Für die Ausstellung „Das Comeback“ kehren 40 dieser Kunstwerke als Leihgaben zurück und die Sammlung von damals kann dadurch in Teilen rekonstruiert werden. „Das Comeback“ präsentiert u.a. das Schaffen der fünf Bauhaus-Meister Wassily Kandinsky, Paul Klee, Lyonel Feininger, Oskar Schlemmer und Georg Muche.



Einer der Höhepunkte der Ausstellung ist der virtuelle Rundgang über Virtual Reality-Brillen, mit denen man einen nie realisierten Entwurf von Walter Gropius für einen Gebäudekomplex, mit u.a. auch einem Kunstmuseum, begehen kann. In dieses virtuelle Museumserlebnis wurden die Sammlungen in Zusammenarbeit mit der Kunsthochschule Burg Giebichenstein in einem aufwendigen Verfahren integriert. Hierzu führte Sophie Parschat vom Projektteam im Gespräch mit Herrn Bauer-Friedrich näher aus. Die Gäste der Landesvertretung hatten die Möglichkeit, die Brillen vor Ort selbst auszuprobieren.



Im zweiten Teil des gestrigen Abends konnte man im Film „Bauhaus Spirit – Vom Bauen der Zukunft“ bestaunen, welchen Einfluss des Bauhaus überall auf der Welt hatte und wie dadurch auch in der Gegenwart interessante künstlerische und architektonische Projekte entstehen. • ah

Fotos: Alain Bienenstock www.alainbienenstock.be

Jugendgruppen entdecken EU-Politik in Brüssel

Vom 18. bis 22. November nahmen 47 Personen an einer mehrtägigen Projektfahrt der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (AGSA) zu den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel teil.



Wie funktioniert die Europäische Union? Antworten auf diese Frage fanden die Teilnehmenden während eines abwechslungsreichen Programms, das mit einem Besuch des Europäischen Parlaments in englischer Sprache begann. Im Anschluss vertiefte die Gruppe ihr Wissen im Parlamentarium, dem multimedialen Besucherzentrum des Parlaments. Über die Regionalpolitik der EU sprach die Gruppe mit einer Vertreterin der Europäischen Kommission. Am Beispiel der Struktur- und

Investitionsfonds wurde über Projekte vor Ort informiert und sich über die Förderung



gleichwertiger Lebensverhältnisse ausgetauscht. Darüber hinaus gab es einen Besuch in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union. Besonders interessiert waren die Teilnehmenden am Haus der europäischen Geschichte sowie dem Atomium. Den Abschluss bildete ein Besuch in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union. Dort ging es insbesondere um die tägliche Arbeit der Vertretung sowie die EU-Politik des Landes. Die Teilnehmenden berichteten von ihren Erlebnissen in Brüssel und diskutierten offene Fragen.

Beteiligt waren Projektgruppen folgender Schulen: Albrecht-Dürer Sekundarschule Merseburg, Sekundarschule an der Biethe Roßlau, Petri-Sekundarschule Schwanebeck, Gymnasium „Stephaneum“ Aschersleben und „Kurfürst-Joachim-Friedrich Gymnasium“ Wolmirstedt.

Die Projektfahrt wurde in Zusammenarbeit mit dem Jugendverband „Junge Europäische Föderalisten Sachsen-Anhalt e.V.“ (JEF) organisiert und aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt gefördert. • *Gastartikel (Foto 1 Foto: AGSA e.V. / Foto 2 LV Sachsen-Anhalt)*



Sie sind ein Verein, eine Schule oder eine Gruppe und wollen selbst eine Projektfahrt organisieren? Nehmen Sie mit uns Kontakt auf und wir beraten Sie zu inhaltlichen und organisatorischen Anliegen.

Kontakt

Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.
Herr Daniel Adler
Schellingstraße 3-4
39104 Magdeburg
Telefon: +49 391 5371 210
E-Mail: daniel.adler@agsa.de
Internet: www.agsa.de

Europäische Kohleplattform: Politische Jahrestagung in Görlitz



Am 25. und 26. November fand im sächsischen Görlitz die Politische Jahrestagung der von der EU-Kommission im Dezember 2017 ins Leben gerufenen europäischen Plattform zur Unterstützung von Kohleregionen im Übergang

statt. Im Rahmen der Plattform möchte die EU-Kommission – neben dem Austausch von Besten Praktiken – die 41 europäischen Regionen mit Kohlebergbauaktivitäten bei der Identifizierung, Entwicklung und Umsetzung von Projekten unterstützen, die das Potential zu einem tragfähigen wirtschaftlichen und technologischen Wandel haben. Sachsen-Anhalt ist dabei eine von derzeit 18 Pilotregionen der Kohleplattform, die sich besonders aktiv in den Wissensaustausch einbringen.

Bei dem zweitägigen Treffen zogen die rund 260 Teilnehmer Bilanz zu den bisherigen Aktivitäten der Plattform und diskutierten die künftigen Herausforderungen. Organisiert wurde die Konferenz von der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit den Bundesländern Brandenburg und Sachsen.



Im Rahmen der Politischen Jahrestagung haben zudem 14 europäische Kohleregionen ihre Erwartungen an die neue EU-Kommission formuliert. In einer »Görlitzer Erklärung« verständigten sich die Regionen auf Maßnahmen, die die Strukturentwicklung in den



betreffenden Revieren aktiv unterstützen sollen. Wirtschafts-Staatssekretär Dr. Jürgen Ude zeichnete die Erklärung für Sachsen-Anhalt. Darin fordert das Land gemeinsam mit 13 anderen europäischen Kohleregionen u.a. zusätzliche finanzielle Unterstützung seitens der EU für Investitionen in Industrie, Infrastruktur, Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung in den Jahren 2021 bis 2027. Die Unterzeichner sprechen

sich außerdem für größere beihilferechtliche Spielräume aus, um Standortattraktivität, Investitionsklima und Wachstumsdynamik in den Kohleregionen verbessern zu können.



Ude sagte: „Die Kohleregion im Süden Sachsen-Anhalts steht vor einem erheblichen Strukturwandel, der von Bund und Land unterstützt wird. Die Herausforderungen stellen sich aber nicht nur für uns, sondern für viele europäische Regionen. Umso wichtiger sind der Austausch untereinander sowie eine starke finanzielle Unterstützung seitens der EU. Daher begrüße ich die Ankündigungen der neu gewählten Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, niemanden in den vom Strukturwandel

betroffenen Regionen zurücklassen zu wollen.“ • *dw, Quellen: KOM, MW*

Weitere Informationen:

- Webseite der EU-Kommission zur Kohleplattform: s. [hier](#)
- Görlitzer Erklärung: s. [hier](#)



Jahresrückblick 2019 • Dezember

Ausschuss der Regionen – 137. Plenartagung vom 4. bis 5. Dezember 2019 in Brüssel

Vom 4. bis 5. Dezember 2019 fand die 137. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel statt.

Die Sitzung begann mit einer Debatte über die Lage der Europäischen Union. Hinsichtlich der notwendigen öffentlichen Investitionen in den Regionen Europas, äußerte Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, seine Besorgnis zum Vorschlag der finnischen Ratspräsidentschaft für die laufenden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR). Er forderte eine neue Verteilung der Kompetenzen und der Souveränität. In der Konferenz zur Zukunft Europas müsse der AdR einen vollgültigen Platz am Verhandlungstisch erhalten. Der Übergangsfonds für Kohleregionen dürfe nicht zu Lasten der Kohäsionsmittel gehen.

Im Anschluss sprach David Maria Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments (EP), über die laufenden Vorbereitungen zur Konferenz zur Zukunft Europas und die MFR-Verhandlungen. Er lud die AdR-Mitglieder zur Mitwirkung an der Debatte und Zusammenarbeit an der Seite des EP ein. Er begrüßte die Stellungnahme zu den Kohleregionen (BE Mark Speich, EVP), die in der



136. Plenartagung verabschiedet wurde, und wünschte eine starke Allianz zwischen EP und AdR bei den anstehenden gemeinsamen Herausforderungen.

In der Debatte begrüßte **Herr Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR den Redner. Seine Fraktion ergreife die Hand, die der EP-Präsident dem AdR ausstreckte, um gemeinsam die Interessen beider Häuser zu vertreten. Als Beispiele

der guten Zusammenarbeit nannte er neben seiner Stellungnahme zur Kohäsionspolitik die Task-Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Er bat das neue EP sich mit dem im Sommer 2018 erschienen Bericht auseinanderzusetzen.

Am Abend folgte ein Festakt anlässlich des 25-jährigen Bestehens des AdR.

Am nächsten Tag debattierte Frans Timmermans, der seit dem 1. Dezember für den europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission, mit den AdR-Mitgliedern über den grünen Deal. Er dankte Karl-Heinz Lambertz für seinen Einsatz hinsichtlich u.a. der Task-Force Subsidiarität, dem Pilotprojekt RegHub und dem Konvent der Bürgermeister. Der AdR ermögliche es bei der Gestaltung des grünen Deals die Bürger einzubinden und niemanden abzuhängen. Als Vorschläge nannte Timmermans ein massives Aufforstungsprogramm, eine Kreditlinie zur Gebäudeisolierung, sowie eine



Verbesserung der Luftqualität in Städten. Im Anschluss wurde eine Entschließung zum Thema „Der Grüne Deal in Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ verabschiedet.

In der Debatte über die soziale Säule Europas debattierte **Nicolas Schmit**, das seit dem 1. Dezember für Beschäftigung und soziale Rechte zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, mit den Mitgliedern des AdR. Er werde sich dafür einsetzen das soziale Europa zu stärken und die Europäische Säule Sozialer Rechte umzusetzen. Er zog Verbindungen zwischen den sozialen und ökologischen Fragen. Positiv äußerte Schmit sich zu den Möglichkeiten, die der digitale Wandel für abgelegene Regionen bietet. Er forderte Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Ausbildung. Als positives Beispiel nannte er die EU-Maßnahme für intelligente Dörfer. Hinsichtlich der MFR-Verhandlungen verwies er auf die nötigen Mittel für den ESF+, um sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen. Der Kampf gegen Armut, v.a. Kinderarmut, sei von elementarer Bedeutung für die Gerechtigkeit in der EU.

Insgesamt standen 10 Stellungnahmen und eine Entschließung zur Verabschiedung auf der Tagesordnung.

Foto: Quelle <https://flic.kr/p/2hUT8hR>

Staatsminister Rainer Robra in Brüssel



Am **10. Dezember** 2019 reiste Staatsminister Rainer Robra zu verschiedenen Gesprächsterminen nach Brüssel. U.a. führte er ein Gespräch mit dem stellvertretenden Generaldirektor der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission, Herrn Prof. Klaus-Dieter Borchardt. Prof. Borchardt ist die maßgebliche Kraft, die zur Einrichtung der Europäischen Kohleplattform geführt hat.

Die Gesprächspartner thematisierten den von der Kommission geplanten sogenannten „Green Deal“ und den Plan, Europa bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu gestalten. Sie unterhielten sich darüber, welche Bedeutung das Vorhaben in Bezug auf den Kohleausstieg und dem damit verbundenen Strukturwandel in den betroffenen Regionen haben wird, zu denen auch Sachsen-Anhalt gehört.

Hierbei tauschten sich die Gesprächspartner auch zu dem von der Kommission in Aussicht gestellten Fonds für einen fairen Übergang (Just Transition Fonds) aus. • cj

Veranstaltung zur EU-Kunststoffstrategie – innovative Ansätze aus Sachsen-Anhalt



Am **10. Dezember** fand in der Landesvertretung Brüssel eine Veranstaltung unter dem Titel „Verantwortung in der Ressourceneffizienz – die Europäische Kunststoffstrategie als Treiber für innovative Lösungsansätze?“ Eingeladen dazu hatten das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie die EU-Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt.



Dr. Jürgen Ude, Wirtschafts-Staatssekretär, betonte in seinem Grußwort die immensen Herausforderungen, vor denen die Chemie- und Kunststoffindustrie in Sachsen-Anhalt stehe. So müsse sie ihre Rohstoffbasis nachhaltig sichern, gleichzeitig aber weniger Treibhausgas emittieren.

72



Innovative Ideen und der Einsatz neuer Technologien seien entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern. Dem konnte MdEP Sven Schulze (CDU), Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt, nur zustimmen. Sachsen-Anhalt sei sowohl in der Produktion als auch beim Recycling von Kunststoffen sehr gut aufgestellt, mit Innovationen, die in ganz Europa wirken können. Das ebenfalls vortragende Unternehmen APK AG, vertreten durch Vorstandsmitglied Klaus Wohnig, aus Merseburg, welches

Dank eines innovativen Verfahrens Kunststoff-Folienverpackungen so weit recyceln kann, dass neuwertige Kunststoffe entstehen, wurde von Sven Schulze als Leuchtturm zur Erreichung der EU-Klimaziele bezeichnet.



Paulo Lemos von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission informierte anschließend über die Umsetzung der Europäischen Kunststoffstrategie und gab einen Ausblick auf den Grünen Deal für Europa, der neuen Klimastrategie der EU. Abgerundet wurde die Veranstaltung mit Beiträgen über „Möglichkeiten und Grenzen des chemischen Recyclings von Kunststoffen“ (Hanno Pfeil, Evonik) und Beiträgen aus der Wissenschaft, so referierte Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Blum, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg über die „volkswirtschaftliche Bedeutung der Kreislaufwirtschaft im Rahmen der Europäischen Kunststoffstrategie“ sowie Dr. Ulrich Wendler, Fraunhofer-Pilotanlagenzentrum für Polymersynthese und -verarbeitung (PAZ), zur „Recyclingorientierten Standardisierung des Aufbaus von Kunststoffverpackungen“. • dw
Fotos: [MW-Twittereintrag](#)

Pressemitteilung von Donnerstag, 12. Dezember 2019 Landeshauptstadt Magdeburg

Magdeburg im Finale: Es geht weiter im Wettbewerb um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025

Bekanntgabe der Städte für die finale Auswahlrunde/„We did it!“-Party im OLi-Kino
Die erste Hürde ist geschafft: Die Landeshauptstadt Magdeburg steht gemeinsam mit den Bewerberstädten Chemnitz, Hannover, Hildesheim und Nürnberg auf der Shortlist um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025. Die Jury, bestehend aus zwölf europäischen Expertinnen und Experten, hat bei der Pressekonferenz in Berlin diejenigen deutschen Bewerberstädte bekanntgegeben, die im nationalen Wettbewerb in die finale Auswahlrunde gekommen sind. Dr. Lutz Trümper, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, ist hoch erfreut: "Wir konnten die Jury von den Potentialen unserer Stadt überzeugen. Mein Dank gilt den vielen Magdeburger*innen, die sich kreativ in den Bewerbungsprozess eingebracht haben."

Wie geht es jetzt weiter?

Magdeburg hatte unter dem Motto "Out of the Void" ein zukunftsweisendes Konzept vorgelegt, die Stadt kreativ neu zu erfinden. Seit dem 12. Dezember ist das Bewerbungsbuch unter www.magdeburg2025.eu online verfügbar.

"Die Entscheidung der Jury zeigt, dass wir den richtigen Kurs eingeschlagen haben. Wir werden jetzt noch einmal alle Kräfte bündeln", zeigt sich Tamás Szalay, Leiter des Bewerbungsbüros Magdeburg 2025, motiviert. Bis Sommer 2020 dürfen die im Wettbewerb verbleibenden Städte ein zweites, ausführlicheres Bewerbungsbuch einreichen. Auf 100 Seiten müssen nunmehr 44 Fragen beantwortet werden. "Seit der Abgabe des ersten Bewerbungsbuches haben wir unsere Recherche und die Gespräche über zukünftige Kooperationen und Visionen fortgesetzt", berichtet Szalay. "Nun warten wir gespannt auf die Empfehlungen der Jury, an welchen Details wir besonders feilen müssen."

Neben dem zweiten Bewerbungsbuch muss außerdem noch der Jury-Besuch vorbereitet werden. Die Jury wird sich im Herbst 2020 ein persönliches Bild der fünf Finalisten machen und im Anschluss eine der Kandidatenstädte zur deutschen "Kulturhauptstadt Europas 2025" ernennen.

Mit Kulturhauptstadtmacherinnen und Kulturhauptstadtmachern im Gespräch über die Präsentation vor der internationalen Jury und Eindrücke der Shortlist-Verkündung in Berlin haben Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper und Tamás Szalay sowie der Kulturbeigeordnete Prof. Dr. Matthias Puhle bei der Pressekonferenz "WE DID IT" im Kaiserin-Adelheid-Foyer im Alten Rathaus gesprochen. Auch die Mitarbeitenden des Bewerbungsbüros sowie Mitglieder der Berlin-Delegation standen als Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zur Verfügung. Die Pressekonferenz war für alle Interessierten öffentlich zugänglich.



Es darf schon mal gefeiert werden

Elisabeth Peymann, Besitzerin eines Concept-Stores auf dem Breiten Weg, war eine der zehn Personen, die die Bewerbung Magdeburgs am 11. Dezember vor der Jury vertreten haben. "Ich habe der Jury von der Aufbruchsstimmung in Magdeburg erzählt und darüber, wie sehr der Titel die kreativen Menschen der Stadt unterstützen wird. Offenbar mit Erfolg", freut sie sich.

Nicht nur das Bewerbungsteam und die Magdeburger Delegation durften sich freuen – alle Interessierten, Freundinnen und Freunde und Unterstützerinnen und Unterstützer waren am 13. Dezember ab 18:00 Uhr ins OLi-Kino in der Olvenstedter Straße 25 zur "We did it!"-Party eingeladen.

Kontakt für die Medien:

Andrea Jozwiak

Bewerbungsbüro

Magdeburg 2025

Marketing & Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 0391 540 2198 E-Mail: andrea.jozwiak@kh.magdeburg.de

MAGDEBURG 2025
KULTURHAUPTSTADT WERDEN

Kontaktdaten:

Landeshauptstadt Magdeburg

Büro des Oberbürgermeisters

Team Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Alter Markt 6

39104 Magdeburg

Telefon: (03 91) 5 40 27 69, -2717 / FAX: (03 91) 5 40 21 27

E-Mail: presse@magdeburg.de

Weitere Informationen unter:

<http://www.magdeburg.de>

<http://www.facebook.com/Landeshauptstadt.Magdeburg>

<http://twitter.com/Ottostadt>

Mehr zum Thema Kulturhauptstadt Europas 2025 können Sie auch der [PM](#) der KOM entnehmen.

Deutschland stellt 2025 nach 1988 (West-Berlin), 1999 (Weimar) und 2010 (Essen/Ruhrgebiet) zum vierten Mal eine Kulturhauptstadt Europas. Im gleichen Jahr wird es auch in Slowenien eine Kulturhauptstadt geben; dort erfolgt die Vorauswahl im Februar 2020.

Die beiden Kulturhauptstädte Europas 2025 folgen auf [Plovdiv](#) (Bulgarien) und [Matera](#) (Italien) 2019, Rijeka (Kroatien) und Galway (Irland) 2020, Elefsina (Griechenland), Timisoara (Rumänien) und Novi Sad (Serbien, EU-Beitrittskandidat) 2021, Kaunas (Litauen) und Esch-sur-Alzette (Luxemburg) 2022, Veszprém (Ungarn) 2023 sowie Tartu (Estland), Bad Ischl (Österreich, Empfehlungsstatus) und Bodo (Norwegen, EFTA-/EWR-Land Empfehlungsstatus) 2024.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...18	E-Mail
Katrina Glogger (KG)	Rechtsreferendarin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

